

Österreichische Gesellschaft
für Landesverteidigung und
Sicherheitspolitik



Allgemeine Reihe Nr.80

“Beiträge zur derzeitigen politischen Situation”

Dr. Wendelin ETTMAYER

November 2023

Die *Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik* bezweckt insbesondere durch Diskussionen, Vorträge, Publikationen, Tagungen und Symposien die Öffentlichkeit zu Sach-fragen der österreichischen und europäischen Sicherheitspolitik und zur Umfassenden Landesverteidigung zu informieren.

Sie betreibt die Förderung der staatsbürgerlichen und politischen Diskussion, um so den Willen zum Widerstand gegen Bedrohungen der österreichischen Demokratie zu wecken und zu stärken.

Verleger, Eigentümer und Herausgeber :

**Österreichische Gesellschaft für
Landesverteidigung und Sicherheitspolitik**

Mariahilferstr. 22/1a, 1070 Wien, Österreich

Tel. +43/664/260 2403

gls@sicherheitspolitik.at

www.sicherheitspolitik.at

ZVR-Zahl : 4367 90 474

für den Inhalt verantwortlich : die Autoren

Layout : Obst i.R. Hans Hejze, MBA, Dr. Günther Rakuscha

Geschäftsführe

Die Broschüre wurde mit Unterstützung des BMBWF und des BMLV gedruckt.

PUBLIKATIONEN



Schriftenreihen der

**Österreichischen Gesellschaft für
Landesverteidigung und Sicherheitspolitik**

BROSCHÜREN

Allgemeine Reihe	78 Broschüren
Wissenschaftliche Reihe	7 Broschüren
Sonderhefte (Sonderdrucke)	32 Broschüren

MITTEILUNGSBLÄTTER

Verschiedene Themenbereiche	62 Ausgaben
-----------------------------	-------------

Inhalt:

Seite:

“WARUM MACHTPOLITIK ZU KONFLIKTEN UND KRIEGEN FÜHRT?”

“200 JAHRE MONROE DOKTRIN- VOM SCHUTZ DER HEMISPHERE ZUR
WELTWEITEN VORHERRSCHAFT”

“BLEIBT DIE NEUE WELTORDNUNG UNIPOLAR ODER WIRD SIE
MULTIPOLAR?”

“ZERBRICHT DIE EUROPÄISCHE UNION AM UKRAINE-KRIEG?”

“WOHIN WENDET SICH AFRIKA?”

Vorwort:

In der vorliegenden Broschüre wurden diverse Artikel und Referate von Herrn Dr. Wendelin ETTMAYER zusammengefasst. Neben der Frage der Stellung und Haltung der USA, werden auch die Situation der EU und auf die Gegebenheiten in Afrika dargestellt. Besonders das Thema "Afrika" wird in der Öffentlichkeit wenig beachtet bzw. wird von anderen Krisenherden überlagert. Deshalb kommt diesem Artikel besondere Bedeutung zu.

Alle Beiträge wurden vor dem 7.10.2023 (Überfall der HAMAS auf Israel mit nachfolgendem Massaker und den militärischen Reaktionen Israels) verfasst und es gibt deshalb keinen Bezug zu den Vorgängen in Israel und im Gazastreifen gibt.

Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass alle Artikel die Meinung und persönliche Überzeugung von Dr. Ettmayer beinhalten.

Dr. Wendelin Ettmayer war Abgeordneter zum Nationalrat, Botschafter in Finnland, Kanada und beim Europarat. Er tritt häufig als Vortragender bei fachspezifischen Veranstaltungen in Erscheinung und publiziert regelmäßig. Darüberhinaus ist er Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.

Dr. Günther Rakuscha
Geschäftsführer der ÖGLS

WARUM MACHTPOLITIK ZU KONFLIKTEN UND KRIEGEN FÜHRT?

1. Was haben die USA, China und Russland gemeinsam?

Heute erleben wir den Krieg in der Ukraine; erst vor wenigen Monaten wurde ein 20-jähriger Krieg in Afghanistan beendet. Es gibt Spannungen im Süd-chinesischen Meer; Handelskriege und Cyber- Attacken. Offensichtlich sind es machtpolitische Bestrebungen, die diese Krisen verursachen. Eine Macht will anderen mit Gewalt ihren Willen aufzwingen.

Die erste Frage, die sich stellt, ist die, ob es ein Naturgesetz ist, dass es immer wieder zu Kriegen kommt. Zweifellos hat die Verherrlichung der Macht eine sehr lange Tradition. Schon bei Homer haben wir gelernt, dass derjenige ein großer Held ist, der die meisten Feinde getötet hat.

Darüber hinaus haben wir in der Schule erfahren, dass jene „Groß“ in der Geschichte sind, die Schlachten gewonnen haben, Länder eroberten und denen es eben gelungen war, die eigene Macht zu vergrößern. So wurde Alexander der Große Generationen von Schülern als jugendlicher Held dargestellt; Julius Caesar konnte nur bewundert werden und Karl der Große gilt heute noch als „Stammvater Europas“.

Ganz im Sinne traditioneller Politik hat der amerikanische Präsident Joe Biden schon kurz nach seinem Amtsantritt die Bildung einer „Allianz der Demokratien“ vorgeschlagen. Im Dezember 2021 hat dazu ein virtuelles Gipfeltreffen stattgefunden. Als wesentliche Aufgaben wurden die Verteidigung gegen autoritäre Regime wie China und Russland festgelegt, wobei aber auch Polen und Ungarn in diese Liste aufgenommen wurden; die Bekämpfung der Korruption und die Förderung der Achtung der Menschenrechte.

Das eigentliche Ziel dieser Allianz ist es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA zu legitimieren; die Vorherrschaft Amerikas in Europa und Asien weiter zu erhalten. Demokratie als Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik ist nicht neu. Diese ist seit jeher von einem starken Sendungsbewusstsein geprägt. Es gibt den Glauben an den „American Exceptionalism“, also daran, dass die USA eine auserwählte Nation sind, dazu bestimmt, die Welt zu führen.

George W. Bush war nicht der erste, der von der „Achse des Bösen“ sprach, die bekämpft werden muss. Schon 1656 rief Oliver Cromwell zum Kampf gegen eine

„Achse des Bösen“ auf, die damals in den Habsburgern, den Katholiken und dem Papst gesehen wurde.

Als der englische General John Churchill 1704, zusammen mit Prinz Eugen, in der Schlacht von Höchstädt die Franzosen besiegte, erklärte er „Wir kämpften für die Freiheit Europas“. Dass die Engländer durch diese Schlacht, die wesentlich zum Sieg im Spanischen Erbfolgekrieg beitrug, auch das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel bekamen, wurde verschwiegen.

In der Monroe- Doktrin haben die USA dann 1823 festgelegt, dass jede Intervention eines außer- amerikanischen Staates auf dem amerikanischen Kontinent als unfreundlicher Akt betrachtet und von den USA verhindert wird. Man hat also festgelegt, auf einem ganzen Kontinent die eigenen Interessen zu schützen, während man heute dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht das Recht einräumt, selbst an seinen Grenzen die Interessen seines Landes wahrzunehmen.

100 Jahre später hat Präsident Woodrow Wilson davon gesprochen, dass es das Schicksal der Vereinigten Staaten ist, dafür zu kämpfen, dass der Geist der Demokratie über die Prinzipien der Autokratie siegt. Dieser Glaube der USA, für das Gute und für die Demokratie in der Welt kämpfen zu müssen, dieses Sendungsbewusstsein, ist also nicht neu.

Was sind nun die Vorstellungen Pekings hinsichtlich einer globalen Sicherheitsordnung? Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping beteuert immer wieder, dass die internationale Sicherheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn sie von allen gemeinsam getragen wird und umfassend ist: also politische, wirtschaftliche und militärische Komponenten mit einbezieht. Dabei wird von chinesischer Seite auch betont, dass es internationale Sicherheit nur dann gibt, wenn die nationale Souveränität und die territoriale Integrität eines jeden Landes respektiert werden. Das ist eine Position, die ganz klar gegen die amerikanischen Modelle vom „Regime-change“ und Intervention zum Schutz von Menschenrechten gerichtet ist, die damit als nicht legitim hingestellt werden.

Gegen die USA ist auch die chinesische Vision von „Asien den Asiaten“ gerichtet. 2015 wurde ein „New Asian Security Concept“ entwickelt und im Rahmen einer „Conference

on Interaction and Confidence-building Measures in Asia" vorgestellt. Die Asiaten sollten selber ihre Probleme lösen und ihre Sicherheit gewährleisten, nicht die USA, die ja auch die stärkste Militärmacht in Asien darstellen.

Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass jedes Land legitime Sicherheitsinteressen hat, die von anderen Ländern nicht ignoriert werden dürfen. Dieser Grundsatz steht eindeutig im Widerspruch zur Aussage von Hillary Clinton, die seinerzeit als Außenministerin erklärte: „Die Zeit der Interessensphären ist vorbei“.

Was Europa betrifft, so glaubt man in Peking, dass Russland in eine europäische Sicherheitsordnung einbezogen werden muss, schon deshalb, weil es ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist. Jedenfalls ist China dagegen, dass die USA als Weltpolizist agieren. Man glaubt, mit dieser Forderung eine große Zahl von Entwicklungsländern auf seiner Seite zu haben.

Entsprechend seiner neuen wirtschaftlichen Stärke hat China in den letzten Jahren stark aufgerüstet, vor allem die Flotte wurde stark ausgebaut. So betragen die Militärausgaben 2021 immerhin \$ 293 Milliarden (verglichen zu \$ 105 Milliarden lediglich zehn Jahre vorher). Das entspricht nicht einmal der Hälfte der amerikanischen Militärausgaben, die 2021 immerhin \$ 800 Milliarden betragen; überstiegen aber bei weitem das russische Militärbudget von \$ 66 Milliarden. Wesentlich ist wohl auch, dass Staatspräsident Xi immer wieder betont, China müsse bereit sein, seine militärische Stärke auch einzusetzen.

Als möglicher Grund für einen Krieg gilt der Status von Taiwan. Worum geht es? Peking betrachtet die Republik Taiwan als Teil Chinas. Die Unterstützung der Unabhängigkeit der Insel gilt als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“. Die Feststellung, dass das Festland und Taiwan eine Einheit bilden, ist keine Erfindung der Kommunisten. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg 1949 hat sich der nationalistische General Tschiang Kai-schek auf die Insel Taiwan zurückgezogen und weiter die Theorie vertreten, dass das Festland zu Taiwan gehört. Entsprechend hat seine Regierung ganz China in der UNO vertreten.

China ist zweifellos eine aufstrebende Macht, die bestrebt ist, nach den Demütigungen der Vergangenheit einen Platz an der Sonne zu erhalten. Sein wirtschaftlicher Aufstieg

war atemberaubend. Schon heute ist China der wichtigste Handelspartner nicht nur der Länder Südostasiens, sondern auch Europas und selbst der Vereinigten Staaten.

Darüber hinaus gibt es das Mega- Projekt der „Neuen Seidenstraße“. Durch den Ausbau von Häfen, Eisenbahnen und Straßen soll China mit weiten Teilen Asiens, Europas und Afrika viel enger vernetzt werden. Die Kosten dafür werden bis auf das Doppelte des chinesischen Bruttonationalprodukts eines Jahres beziffert. Dieses Projekt hat weit über die wirtschaftliche Bedeutung hinaus auch eine geopolitische. Darüber hinaus kommt das Sendungsbewusstsein des Landes schon dadurch zum Ausdruck, dass man sich selber als „Reich der Mitte“, also als Mittelpunkt der Welt sieht.

Wie sehen die Grundzüge der russischen Außenpolitik aus? Russland ist 1996 dem Europarat beigetreten, dessen Grundsatz es ist, Machtpolitik durch eine auf Werten basierende Politik zu ersetzen. Gleichzeitig ist aber Moskau einer traditionellen Politik verbunden geblieben. So verweist Wladimir Putin immer wieder auf russische Denker, die schon im 19. Jahrhundert eine Vision von der besonderen Rolle Russlands in der Welt entwickelt haben: Wladimir Sergejewitsch Solowjow etwa vertrat die Auffassung, Russland habe die besondere Mission, die Menschheit zu einen. Dies vor allem deshalb, weil es zwischen dem katholischen Westen und dem nicht- christlichen Osten gelegen ist.

Nicolai Alexandrowitsch Berdjajew hat in seinem Buch „Das neue Mittelalter“ Betrachtungen über das Schicksal Russlands und Europas angestellt. Er tritt für die geistige Wiedergeburt des Menschen und eine soziale Umgestaltung der Gesellschaft ein. Iwan Alexandrowitsch Iljin sieht die besondere Rolle Russlands in der Verbindung mit der Orthodoxie und seiner christlichen Tradition. Er sprach sich immer wieder gegen den „materialistischen Westen“ aus, den er als korrupt und militaristisch ansah. Eine ähnliche Auffassung wurde auch von Alexander Solschenizyn vertreten. Von der besonderen Rolle Russlands spricht auch Nicolai Gogol in seinem Roman „Die Toten Seelen“. Er schreibt, wie Russland durch die Welt fliegt, die staunend zusieht.

In all diesen Darstellungen kommt das Sendungsbewusstsein Russlands ganz stark zum Ausdruck. Immer wieder wird Moskau als das „Dritte Rom“ bezeichnet, was soviel heißt, als dass Russland eben das Erbe sowohl des Römischen Reiches als auch das von Byzanz angetreten hat.

Welche Zwischenbilanz kann man nun auf Frage „Was haben die USA China und Russland gemeinsam?“ ziehen. Alle drei Staaten sind Großmächte mit einem großen Sendungsbewusstsein. Dieses geht über nationale Grenzen hinaus, wobei das Bewusstsein von Wunschvorstellungen und Mythen genauso geprägt ist wie von der Realität. Alle drei Länder sind hochgerüstet und sehen sich legitimiert, ihre politischen Ziele auch mit bewaffneter Gewalt durchzusetzen. Man sieht in der Macht eine Legitimation für die eigene Politik, Macht schafft Legitimität.

Damit sind grundlegende Voraussetzungen für eine militärische Konfrontation gegeben. Außerdem spielen die Vorstellungen, wie man die eigene Sicherheit sieht, eine große Rolle. Eine Großmacht rüstet, damit sie sich sicher fühlt; geleitet vom Glauben, dass man umso sicherer ist, je mehr man rüstet. Dieses Bestreben, die eigene militärische Stärke auszubauen, kann von der anderen Seite als Bedrohung empfunden werden. Was also die eine Seite als Sicherheitsmaßnahmen erachtet, kann auf der anderen Seite Unsicherheit hervorrufen. Dies vor allem dann, wenn jemand versucht, einem anderen seinen eigenen politischen Willen aufzuzwingen. Solange es Staaten gibt, die sich ihrer Sendung bewusst sind und in ihrer Außenpolitik einer „Logik des Krieges“ folgen, ist die Gefahr sehr groß, dass daraus Krisen und Kriege entstehen.

2. Was ist neu?

Die Frage, „Warum Machtpolitik zu Konflikten führt?“ kann für die Kriege der Vergangenheit genauso gestellt werden wie für die heutigen. Was ist neu? Traditionell haben sich die internationalen Beziehungen auf das Verhalten der Länder nach außen konzentriert; ob sie Krieg oder Frieden wollten, ob sie bestrebt waren, den eigenen Machtbereich auszubauen. In den letzten Jahrzehnten wurden verstärkt Modelle entwickelt, die den USA ein globales Interventionsrecht einräumen: da geht es nicht mehr nur darum, ob sich ein Staat friedlich verhält, sondern ganz entscheidend auch darum, ob dieser auch innerstaatlich jene demokratischen Werte vertritt, die die USA als angemessen erachten.

Ist das nicht der Fall, erachten sich die Vereinigten Staaten als berechtigt, diese auch mit Gewalt durchsetzen zu können. Die Ziele sind dann „Regime-change“; „Nation-building“ oder „Democracy-building“. Die Menschenrechte werden als Waffe eingesetzt.

Nach dem Sieg im Kalten Krieg konnten die USA zu Recht darauf verweisen, die Europäer neuerlich vor einer totalitären Ideologie gerettet zu haben. Dieser Sieg bestätigte natürlich das amerikanische Sendungsbewusstsein. Manche sprachen sogar vom „Ende der Geschichte“, da sich die amerikanischen Werte von Demokratie und Kapitalismus überall durchgesetzt hätten. Madeleine Albright sprach von den USA als „unentbehrliche Nation“ mit den Worten „We stand tall and we see further than other countries“.

In diesem Sinne wurde 1992 von Washington eine „Defense Planning Guidance“ verabschiedet. Demnach ist es die politische und militärische Mission der USA zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte. In diesem Sinne kam es zu „humanitären“ Interventionen vom Kosovo bis nach Libyen; 1999 wurde Serbien bombardiert, zwei Jahre darauf begann der Krieg in Afghanistan und 2003 die Invasion des Irak.

Ganz entscheidend dabei ist eines: traditionell waren es zwischenstaatliche Ereignisse, die zu militärischen Auseinandersetzungen führten. Bei Krieg und Frieden ging es um die Machtverhältnisse zwischen den Staaten. Die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates war ein Grundprinzip des Völkerrechts und ist nach wie vor in der Satzung der Vereinten Nationen fest verankert. Mit den Modellen „Regime-change“ und „Nation-building“ haben die sogenannten Neokonservativen, die in Washington sehr stark die Außenpolitik bestimmen, eine stark offensive Komponente in die internationalen Beziehungen gebracht.

Die Anschläge vom 11. September 2001 führten dann zu einer weiteren Militarisierung der US- Außenpolitik. Alleine in den darauffolgenden sieben Jahren ist das US-Verteidigungsbudget um 80 % gestiegen. Heute sind von den 1,6 Millionen amerikanischen Soldaten 500 000 im Ausland auf 800 Militärbasen stationiert. Die USA haben 50 formelle Verbündete auf allen Kontinenten, die „Allianz der Demokratien“ sollte diese Bündnisse weiter festigen.

Insgesamt kann man sagen, dass nach dem Sieg im Kalten Krieg in der amerikanischen Außenpolitik eine Einheit von Theorie und Praxis entstand.

Washington achtete die neue Situation als „unipolar Moment“, also als einmalige Chance, die Neuordnung der Welt, ausschließlich nach eigenen Interessen zu gestalten. In diesem Sinne wurde schon in den 1990er Jahren mit der NATO- Oster-

weiterung begonnen, was von Moskau von Beginn an als aggressiver Akt verstanden wurde. Anstatt Russland in die neue Sicherheitsarchitektur einzubinden wurde diese von Beginn an gegen Moskau aufgebaut. Dabei war die amerikanische Außenpolitik äußerst erfolgreich: der Einflussbereich der USA wurde in den letzten drei Jahrzehnten in Europa um 150 Millionen km², auf denen 150 Millionen Menschen leben, ausgebaut.

Russland hat die Ost- Erweiterung der NATO bis an seine Grenzen jedenfalls als Demütigung empfunden, was offensichtlich vielfach unterschätzt wurde. Denn der amerikanische Journalist Thomas L. Friedman schrieb zu Recht in einem anderen Zusammenhang: „Humiliation ist he single most underestimated force in international relations“ (NYT 26. Juni 2008). Hatte der Kalte Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so wurde die US-Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wesentlich offensiver. Es kam zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak; im Rahmen von „Farbigen Revolutionen“ wie 2003 in Georgien; 2004 in der Ukraine; oder 2005 in Kirgisien sollten Regierungen gestürzt werden. Die USA unterstützten diese „spontanen“ Bewegungen mit modernsten Marketing- Methoden und Kom-munikationsmitteln. Die oft beträchtlichen finanziellen Mittel kamen von US- Stiftungen wie Freedom House oder National Endowment for Democracy. Es gab immer wieder Anzeichen dafür, dass auch ein „Regime-change“ in Moskau versucht wurde. Präsident Biden hat erst unlängst gefordert, diesen durchzuführen.

Bei diesen Auseinandersetzungen wurde immer stärker betont, es ginge um die Durchsetzung von Werten wie Demokratie und Freiheit, und nicht um machtpolitische Interessen. Das führte zu einer Polarisierung und zu einer Moralisierung der internationalen Beziehungen. Dabei ist es oft sehr schwer, den Unterschied zwischen Werten und Interessen zu erkennen.

Wenn Victoria Nuland seinerzeit davon sprach, die USA wollen ihre Politik in der Ukraine auf jeden Fall durchsetzen, auch ohne Rücksicht auf die Europäer, dann ging es wohl um Interessen. Heute wird gesagt, im Krieg in der Ukraine ginge es um „unsere Werte“, vor allem auch um Demokratie. Dabei konnte man nur einige Wochen vor Ausbruch des Krieges lesen, die Ukraine wäre eine „highly dysfunctional democracy“, ein Land, in dem der Präsident Oppositionsparteien verboten und kritische

Fernsehstationen geschlossen hat. Außerdem wäre das politische System der Ukraine durch und durch korrupt. (NYT vom 4. Februar 2022).

3. Wer hat die Macht in einer multipolaren Welt?

Die Welt verändert sich. Die entscheidende Frage dabei ist, wie weit unter den sich verändernden Bedingungen die derzeitigen Machtverhältnisse aufrechterhalten werden können. Vor allem die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftlichen Leistungen einzelner Länder, Grundlage jeder politischen Macht, zielen mehr und mehr auf eine multipolare Welt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte noch ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa und in Nordamerika. In 50 Jahren, wenn die Weltbevölkerung etwa 10,5 Milliarden Menschen zählen wird, wird der Anteil der EU an der Weltbevölkerung nunmehr 3,7 % sein; jener der Vereinigten Staaten 3,9 %. Die Einwohner Chinas werden 12 % der Weltbevölkerung ausmachen; jene Indiens hingegen 15,6 %. Ganz dramatisch wird die Bevölkerungszahl in Afrika steigen und 2070 bereits 27 % der Weltbevölkerung ausmachen (während es 1950 lediglich 7,1 % waren).

Ganz entscheidend werden sich auch die wirtschaftlichen Leistungen der einzelnen Volkswirtschaften verändern: nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachten die USA alleine noch die Hälfte der gesamten Welt-Wirtschaftsproduktion. Heute, gemessen an der Kaufkraft, beträgt der Anteil der USA nur mehr 16 % und soll bis 2070 auf 12 % fallen. Im selben Zeitraum fällt der Anteil der EU-Länder von derzeit 15 % auf 9 %; jener Chinas wird hingegen von 18 % auf 20 % steigen.

Die wesentliche Frage ist nicht nur, wie sich die machtpolitischen Verhältnisse verändern werden, sondern auch, wie weit es möglich ist, diese Veränderungen auf friedliche Weise durchzuführen. Müssen machtpolitische Veränderungen zu Kriegen führen?

In Westeuropa ist es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, eine Friedensperiode zu begründen, die länger als zwei Generationen gedauert hat. Es kam zu einer „Revolution in der europäischen Diplomatie“.

Ziele und Mittel der internationalen Beziehungen veränderten sich nach der Gründung des Europarates dramatisch: aus Erbfeindschaften wurden Freundschaften; Konfrontation wurde ersetzt durch Kooperation; Warfare durch Welfare. Dieses „europäische Modell“ könnte dem Rest der Welt durchaus als Vorbild dienen. Zurzeit

hat man leider nicht den Eindruck, dass dies der Fall wäre. Wir erleben viel mehr einen Rückfall in eine Zeit, in der internationale Konflikte primär mit Gewalt gelöst wurden, so, als könnten die Probleme der Zukunft mit den Mitteln der Vergangenheit bewältigt werden.

200 JAHRE MONROE DOKTRIN- VOM SCHUTZ DER HEMISPHERE ZUR WELTWEITEN VORHERRSCHAFT

Der Inhalt der Erklärung

Am 2. Dezember 1823, auf den Tag genau 19 Jahre nach der Krönung Napoleons zum Kaiser der Franzosen und 25 Jahre vor der Krönung von Franz Josef, hat der amerikanische Präsident James Monroe die Schwerpunkte seiner Außenpolitik vor dem Kongress dargelegt.

Dabei hat er zwei Prinzipien hervorgehoben: Einerseits betonte er, dass sich die Vereinigten Staaten nicht in europäische Konflikte einmischen wollen; andererseits forderte er, dass europäische Mächte alle Bestrebungen beenden, in der westlichen Hemisphäre Kolonien zu besitzen. Er kündigte auch an, die USA würden eingreifen, sollten die Europäer diese Grundsätze missachten. Die klare Botschaft lautete „Amerika den Amerikanern“, die Europäer müssen die Unabhängigkeit der Staaten Lateinamerikas respektieren.

Entscheidenden Einfluss auf die Formulierung dieser außenpolitischen Grundsätze, die später als Monroe Doktrin in die Geschichte eingingen, hatte der damalige Außenminister (und spätere Präsident) John Quincy Adams (1). Adams war überzeugt, dass ganz Nordamerika Teil der Vereinigten Staaten sein sollte. Die Versuche, dieses Ziel, auch Kanada zu erobern, wurden nach dem Krieg von 1812- 1814 gegen England aufgegeben. Aber der Glaube an die „Manifest Destiny“, an die gestaltende Kraft der Vorsehung, war nach wie vor groß. Demnach sind die Vereinigten Staaten dazu bestimmt, den Kontinent zu beherrschen. In diesem Sinne wurden Louisiana (1803); und Florida (1819) erworben und Texas 1845 annektiert. In diesem Geist schrieb John Quincy Adams an den amerikanischen Gesandten in Madrid: „Man kann sich nur schwer der Vorstellung entziehen, dass Kuba eines Tages ein integraler Teil unserer Republik werden wird“ (2). Und dem russischen Gesandten, Baron Tuyl, erklärte der Außenminister, dass „wir das Recht Russlands, sich weiter auf diesem Kontinent auszudehnen, energisch bestreiten und nicht länger tolerieren“.

Wesentlich war, dass das Bestreben der USA, europäische Mächte von Interventionen auf der westlichen Hemisphäre fernzuhalten, auch im englischen Interesse lag.

Die Machtverhältnisse sprachen nämlich zunächst noch zu Gunsten Englands: So erzeugte das Vereinigte Königreich 1830 immerhin 47 % der gesamten Weltwirtschaft, die USA nur 12 %. Bis zum Ende des Jahrhunderts hatte sich der Anteil der USA auf 38 % gesteigert, jener des Vereinigten Königreichs war auf 23 % gefallen. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so wohnten 1830 in den USA 12,8 Millionen

Menschen, um 1900 aber schon 76 Millionen. Die Zahl der Einwohner ist im selben Zeitraum in Großbritannien lediglich von 24 Millionen Menschen auf 41 Millionen gestiegen (3).

Die weltpolitische Lage

Die weltpolitische Lage um 1823 zeichnete sich dadurch aus, dass die spanischen Kolonien Lateinamerikas seit Jahren für ihre Unabhängigkeit kämpften; das manche befürchteten, Spanien könnte, mithilfe der Heiligen Allianz, die alten Machtverhältnisse wieder herstellen; und das auch Russland Anstrengungen unternahm, seine Besitzungen auf dem amerikanischen Kontinent auszudehnen.

Der Zerfall des spanischen Imperiums in Amerika reicht wohl bis ins 17. Jahrhundert zurück. Auslöser für die Unabhängigkeitsbewegungen war aber dann, dass der spanische König Ferdinand VII von Napoleon abgesetzt und gefangen genommen wurde. Im Mutterland entstand also ein Machtvakuum, da man den von seinem Bruder eingesetzten Josef Bonaparte sowohl in Spanien als auch in Übersee die Anerkennung verweigerte.

Nun taten sich Bürger in hispano-amerikanischen Städten zusammen, zunächst um mehr Mitsprache, dann, um überhaupt die Unabhängigkeit zu verlangen. Das spanische Behörden von den Kolonien gleichzeitig mehr Abgaben forderten, beschleunigte diesen Prozess. Außerdem stellten Abgaben eine umso größere Belastung dar, als der Handel durch die Kontinentalsperre stark zurückgegangen war. Das Kolonialregime konnte somit einer seiner wesentlichen Aufgaben, die wirtschaftliche und soziale Ordnung zu sichern, nicht mehr erfüllen. Nach der Schlacht von Ayacucho 1824 endete das spanische Kolonialreich in Amerika (4).

Für die USA wurde die Situation bedrohlich, als es Anzeichen dafür gab, dass Spanien mit Unterstützung der Heiligen Allianz eine Restauration der früheren Verhältnisse versuchen könnte.

Die Heilige Allianz

Nach dem Sieg über Napoleon schlossen sich der russische Zar Alexander I, Kaiser Franz von Österreich und König Friedrich Wilhelm III von Preußen zur Heiligen Allianz zusammen. „Im Namen der Heiligen und unteilbaren Dreifaltigkeit“, wie es in der Gründungserklärung vom 26. September 1815 hieß. Ziel der Heiligen Allianz war die

Sicherung eines „Ewigen Friedens“ durch jene Monarchen, die „von Gottes Gnaden“ ihre Länder regierten. Die christliche Religion sollte das Fundament der herrschenden politischen Ordnung sein. Wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen wurden also die inneren Verhältnisse in einem Land, eine Veränderung der „Gott gewollten Verhältnisse“ wurde nicht geduldet.

Tatsächlich verfolgte die Allianz unter der Führung Metternich eine reaktionäre Politik, die darauf abzielte, aufkommende demokratische und nationale Strömungen, eben das Erbe der Französischen Revolution, zu unterdrücken.

Auf verschiedenen Kongressen wurden militärische Interventionen gegen die Freiheitsbewegung in Italien und Griechenland beschlossen, die Karlsbader Beschlüsse richteten sich gegen die Lern- und Lehrfreiheit an den Universitäten. Auf dem Kongress in Verona beauftragte die Heilige Allianz 1822 Frankreich, die bürgerliche Revolution in Spanien niederzuschlagen, was mit der Schlacht von Trocadero auch gelang (und im Stadtbild von Paris heute noch gewürdigt wird). König Ferdinand wurde wieder in sein Amt eingesetzt, mit Unterstützung Frankreichs errangen die monarchischen Kräfte einen vollständigen Sieg. Damit war die Furcht, Spanien könnte mit Unterstützung Frankreichs versuchen, die früheren Kolonien in Lateinamerika wieder zu erobern, nicht unbegründet. Die entschlossene Botschaft von Präsident Monroe wollte dem entgegentreten.

Der unglückliche Kaiser Maximilian

Diese Befürchtungen wurden Wirklichkeit, als Napoleon III versuchte, die Macht Frankreichs auf den amerikanischen Kontinent auszudehnen. Auch in seinem Leben spielte der 2. Dezember eine nicht unbedeutende Rolle. Immerhin gelang ihm an diesem Tag des Jahres 1851 die Machtergreifung, was Karl Marx zu folgendem Kommentar inspirierte: „Jedes Ereignis in der Weltgeschichte findet zweimal statt. Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“.

Napoleon III wollte die Gunst der Stunde nutzen, die sich durch den amerikanischen Bürgerkrieg (1861- 65) bot. Er war überzeugt, dass ein starker amerikanischer Bundesstaat, der weite Teile des nordamerikanischen Kontinents umfasste, jedem europäischen Staat machtpolitisch überlegen sein würde. Deshalb unterstützte er die Südstaaten, die für einen Loseren Staatenbund eintraten, und wollte in einer Zeit der inneramerikanischen Kämpfe einen Monarchen seiner Wahl in Mexiko etablieren.

Dieser Monarch war Ferdinand Maximilian von Österreich, der in seinem Sinne als Kaiser Mexiko regieren sollte. Maximilian wurde 1832 im Schloss Schönbrunn geboren und war der Bruder von Franz Josef. Dabei waren die beiden Brüder in vielen Bereichen sehr unterschiedlich. Während etwa Franz Josef jeden Groschen zählte, den er ausgab, baute Maximilian von seiner ersten Apanage gleich ein Sommerhäuschen neben dem Schloss Schönbrunn, das er „Maxing“ nannte. Danach ist heute noch die Maxingstrasse benannt. Sein Lebensstil, so heißt es, überstieg stets seine finanziellen Möglichkeiten.

Nun wollte Kaiser Napoleon III in Mexiko eine Regierung etablieren, die in der Lage war, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen Frankreich durchzusetzen. In Mexiko tobte jedoch zu dieser Zeit ein Machtkampf zwischen den klerikal-konservativen Kräften und den revolutionären Republikanern, die unter Führung von Benito Juarez standen, der von 1858-1872 Präsident des Landes war. Dieser war der Sohn eines zapotekischen Bauern und sprach bis zu seinem 15. Lebensjahr kein Spanisch. Er trat mit seiner Politik für eine Agrarreform ein und erließ als Justizminister Reformgesetze über die Trennung von Kirche und Staat, die Zivilehe, die Religionsfreiheit und über die Aufhebung der Klöster.

Napoleon III hatte schon 1861 Truppen nach Mexiko geschickt, weil fällige Schulden nicht bezahlt wurden und es war klar, dass jeder von ihm eingesetzte Monarch von seiner militärischen Unterstützung abhängig sein würde. Unter diesem Umstand wurde Maximilian am 10. April 1864 auf Schloss Miamar zum Kaiser von Mexiko ausgerufen. Sehr wohl hat er vorher zur Bedingung gemacht, dass seine Thronbesteigung dem Willen des mexikanischen Volkes entspricht. In diesem Sinne wurde ihm das Ergebnis eines Volksentscheides überbracht, der wohl manipuliert war.

Denn bereits bei seiner Ankunft in Mexiko musste Maximilian feststellen, dass schon der Empfang äußerst unfreundlich war. Außerdem unterstützten alle amerikanischen Staaten den von den Franzosen abgesetzten Präsidenten Benito Suarez.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs waren die USA wieder stark genug, um 1866, unter Berufung auf die Monroe Doktrin, den Abzug der französischen Truppen, die unter dem Befehl von Marschall Francois-Achille Bazaine standen, zu verlangen und durchzusetzen. Das bedeutete auch das Ende der Regierung von Maximilian, da seine

Hilferufe in Europa unbeantwortet blieben. Maximilian wollte daraufhin das Land verlassen, änderte aber seine Meinung, nachdem ihn seine Mutter in einem Brief zum Bleiben aufgefordert hatte. Die weitere Geschichte ist bekannt: Er wurde von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1867 standrechtlich erschossen. Eine späte Genugtuung für den Habsburger auf dem mexikanischen Kaiserthron mag es sein, dass ihm heute im Nationalmuseum von Mexico City fünf Säle gewidmet sind. Darin wird auch gewürdigt, dass er versuchte, in Mexiko einen modernen und liberalen Staat aufzubauen. Gleichzeitig gibt es Gerüchte, dass sein republikanischer Gegenspieler Benito Suarez seine Tochter taufen ließ.

Die Neuausrichtung der Monroe Doktrin unter Theodore Roosevelt

Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die Politik der USA gegenüber Lateinamerika darauf, ausländische Interventionen abzuwehren. Mit Theodore Roosevelt, der 1901 der 26. Präsident der Vereinigten Staaten wurde, bekam die amerikanische Außenpolitik eine neue, offensive Ausrichtung. In einem Zusatz zur bestehenden Monroe Doktrin, „Roosevelt Corollary“ genannt, legte der Präsident die Schwerpunkte seiner Politik fest. Unterschied Präsident Monroe zwischen Europa und Amerika, so teilte Roosevelt die Welt in „zivilisierte“ und „unzivilisierte“ Staaten ein.

Und während Monroe die Revolutionäre in Lateinamerika, die für die Unabhängigkeit gegen Spanien kämpften, praktisch unter seinen Schutz stellte, bekräftigte Roosevelt das Recht der USA, gegen Revolutionen und alle „unzivilisierten Kräfte“ vorzugehen, die amerikanischen Interessen im politischen oder wirtschaftlichen Bereich beeinträchtigten.

Damit wurde der alleinige Anspruch der USA begründet, bei Angelegenheiten zu intervenieren, die ihres Erachtens nicht im amerikanischen Interesse lagen. Das galt sowohl für Staaten auf dem amerikanischen Kontinent als auch für Staaten in Asien oder Europa.

Tatsächlich kam es dann zu zahlreichen US- Interventionen auf Kuba, in Nicaragua, Haiti, der Dominikanischen Republik und in anderen Ländern. Aus einem defensiven außenpolitischen Konzept war ein offensives geworden.

Die US- Politik gegenüber Staaten Lateinamerikas wurde nunmehr dadurch bestimmt, wie sich diese gegenüber den Vereinigten Staaten verhielten. Verschiedene

Präsidenten gaben dabei ihrer Politik unterschiedliche Namen, was an der bestimmenden Position Washington wenig änderte. So sprach Franklin D. Roosevelt von einer „Good Neighbour Policy“, John F. Kennedy proklamierte die „Allianz für den Fortschritt“, aber im Kalten Krieg waren die Kräfte der USA darauf ausgerichtet, die Ausbreitung des Kommunismus in der westlichen Hemisphäre zu verhindern. Präsident Kennedy berief sich auf die Monroe Doktrin, als er 1962 die Sowjetunion aufforderte, ihre Raketen aus Kuba abzuziehen.

Die Truman Doktrin

Ganz entscheidend für die Beziehungen eines Landes zu den USA wurde die jeweilige innenpolitische Ausrichtung in der Truman Doktrin. Worum ging es? Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Griechenland zu einem Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und den pro westlichen, rechts-gerichteten Teilen des Landes, die von Großbritannien unterstützt wurden. 1947 mussten die Briten die Hilfe einstellen, weil ihnen die wirtschaftliche Kraft fehlte. Um einen Sieg der Kommunisten zu verhindern, forderte Präsident Harry Truman seine Landsleute auf, überall auf der Welt Menschen zu unterstützen, die für ihre Freiheit kämpften und von bewaffneten Minderheiten oder von außen bedroht werden.

Nun haben die USA eine lange Tradition, unfreundliche Regierungen zu stürzen und deren Anführer zu liquidieren:

- 1953 wurde im Iran Ministerpräsident Mohammad Mosaddeq mithilfe des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA gestürzt, weil er vorher westliche Ölgesellschaften verstaatlicht hatte.
- 1961 wurde der kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba im Auftrag der CIA liquidiert, da die USA befürchteten, er könnte sein an Bodenschätzen reiches Land in den Einflussbereich der Sowjetunion führen.
- 1968 beteiligten sich CIA-Agenten an vorderster Front bei den Studentenunruhen in Paris. Man forderte den Rücktritt von Staatspräsidenten de Gaulle, der sich vehement gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte und vor allem in asiatischen Ländern starkes Gehör fand.
- 1973 wurde in Chile mithilfe der CIA der demokratisch gewählte Staatspräsident Salvador Allende gestürzt. Die USA befürchteten, er könnte sein Land ins „sozialistische Lager“ führen. An seine Stelle wurde der Diktator Augusto Pinochet gesetzt (4).

Das sind nur einige Beispiele dafür, wo und wie die USA einen Regierungswechsel in ihrem Sinne durchgeführt haben. Dabei ist man immer nach demselben Muster vorgegangen: mithilfe der Medien wurden Regierungen und deren Akteure dis-kreditiert

und als Gefahr präsentiert. Bei oppositionellen Gruppen, Parteien oder Gewerkschaften, wurden Verbündete gesucht. Schließlich wurden mithilfe des Militärs oder von Stoßtrupps befreundete Politiker installiert. In Frankreich hat man etwas anders agiert als in der „Dritten Welt“.

Die USA an der Spitze einer neuen Heiligen Allianz

Seit sich in den USA unter dem Einfluss der Neokonservativen die „realistische Schule“ und die „idealistische Schule“ miteinander verbunden haben, wird die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder damit gerechtfertigt, dass Freiheit, Demokratie und Menschenrechte „universelle Werte“ sind, die überall durchgesetzt werden müssen. Die USA sind an die Spitze einer neuen Heiligen Allianz getreten. Das „Gottesgnadentum“ wurde ersetzt durch die „universellen Werte“, für die man nunmehr kämpft. War der Kampf seinerzeit gegen jene gerichtet, die die Ideen der Französischen Revolution durchsetzen wollten, so werden heute jene in die Schranken gewiesen, die die „unipolare Weltordnung“ unter Führung der USA durch eine „multipolare“ ersetzen wollen.

Eine „Allianz der Demokratien“ hat dem Rest der Welt den Krieg erklärt. Die Monroe Doktrin hat eine weltweite Dimension erhalten. In diesem Sinne haben auch die Vereinten Nationen die Resolution „Responsibility to protect“ verabschiedet. Demnach besteht sogar die Verpflichtung der „Internationalen Gemeinschaft“ die Bürger eines Landes vor der eigenen Regierung zu schützen, wenn diese nicht in der Lage ist, Schaden von ihnen abzuwehren.

Der erste Versuch, diese Resolution in der internationalen Politik anzuwenden, nämlich der NATO-Einsatz 2011 in Libyen, ist allerdings gründlich daneben gegangen (6).

Unter dem Motto „Democracy-building“ haben die Neokonservativen „Regime-change“ zu einer offiziellen Politik erklärt. So sehr der Geheimdienst CIA weiter in verdeckte Aktionen eingebunden ist, „Regime-change“ und „Nation-building“ wurden erklärte Ziele der US- Außenpolitik, vom Einmarsch in den Irak bis zum „Arabischen Frühling“; von den „Farben-Revolutionen“ in Georgien, in der Ukraine oder in Kirgistan bis zur Zedernrevolution im Libanon. Als Rechtfertigung wird unter anderem die sehr wackelige Theorie angeführt, dass „Demokratien untereinander keine Kriege führen“

und deshalb alles getan werden muss, um Demokratien zu etablieren und den Frieden zu sichern. In Wirklichkeit geht es natürlich um die amerikanische Vorherrschaft in einzelnen Ländern. Tatsächlich haben sich die USA schon oft genug in ihrer Geschichte auch mit Diktaturen verbündet.

Neu ist auch, dass zu den bisherigen Verbündeten aus der politischen Opposition die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als äußerst aktive Akteure bei Umstürzen eingesetzt werden. Von zahlreichen amerikanischen und anderen westlichen Institutionen, von den großen politischen Parteien in den USA und in Deutschland, werden Hunderte von NGOs organisiert und finanziert und als „Zivil-gesellschaft“ präsentiert. D.h. nicht, dass die dabei engagierten, oft jungen Leute, nicht auch Idealisten sein können. Aber das dabei insgesamt verfolgte Ziel, eine Abhängigkeit des jeweiligen Landes von den USA zu erreichen, hat auf jeden Fall Priorität.

Noch etwas hat sich geändert: wenn die USA früher im Iran, im Kongo oder in Chile einen Putsch durchgeführt haben, dann wusste man, es ging um handfeste politische oder wirtschaftliche Interessen.

Heute geht es immer um „Werte“, um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die längste Zeit war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging darum, den eigenen Staat zu stärken, wenn möglich territorial zu vergrößern. Damit wurden Verhaltensweisen, die man im privaten Bereich auf das schärfste verurteilte, in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht nur geduldet, sondern sogar verherrlicht.

Das Gebot „Du sollst nicht töten“ etwa verwandelte sich in eine Heldenverehrung für jene Feldherren und Soldaten, denen es gelang, am Schlachtfeld möglichst viele Feinde zu töten (7). Im Kampf gegen „Autokraten“ haben Kriege eine neue Rechtfertigung erhalten. Es gibt wieder den „gerechten Krieg“.

Dabei wollen die USA ihre Vormachtstellung nicht nur mit militärischen Mitteln aufrechterhalten. Gegen ein Drittel der gesamten Menschheit wurden Wirtschaftssanktionen verhängt und das „amerikanische Recht“ wird weltweit gegen all jene eingesetzt, von denen man befürchtet, sie könnten amerikanischen Interessen entgegenstehen. Zahlreiche Bücher wurden bereits darüberschrieben, wie ein künftiger Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China aussehen könnte.

Es sollte nicht darum gehen, dass die amerikanische Vorherrschaft etwa durch eine chinesische abgelöst wird. Eine multipolare Welt könnte sich schon dadurch auszeichnen, dass Grundrechte betreffend die nationale Sicherheit anderer Länder, etwa auch jenes Russlands, anerkannt werden. Kritik anderer Länder an einer Weltordnung, die vor drei Generationen etabliert wurde, sollte ernst genommen werden.

Das Gegenteil ist der Fall, wie etwa die Berichterstattung westlicher Medien über den BRICS- Gipfel im August 2023, die herablassend kritisch war, zeigt. So konnte man lesen, „The BRICS are a mess“ (8). Würden sie noch mehr Mitglieder aufnehmen, würde dieser Zustand nur verstärkt. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die optimistischen Erwartungen, die man bei der Gründung im Jahre 2009 geäußert hat, nicht erfüllt werden konnten. Darüber hinaus wird abschätzig bemerkt, dass die BRICS wesentlich heterogener als die G7 Staaten sind.

Gleichzeitig muss aber doch anerkannt werden, dass ihr Anteil am Welt-BIP von 2001 bis heute von 8% auf 26% gestiegen ist. Wenn alle Staaten in die BRICS-Gemeinschaft aufgenommen werden, die sich darum beworben haben, dann wird diese 58% der Welt- Bevölkerung und 34% des Welt-BIP vertreten. Ob man es will oder nicht, ein großer Teil der „Länder des Südens“ will nicht mehr gezwungen werden, sich nach Regeln zu richten, die in den USA und in Europa ohne ihre Mit-sprache aufgestellt wurden.

Im Ukraine- Krieg werden immer wieder Vergleiche mit dem Ersten Weltkrieg gezogen, etwa was die starren Fronten betrifft. Es bietet sich auch ein anderer Vergleich an: 1914 traten bereits nationalistische Strömungen in den Ländern der Monarchie auf. Deshalb lautete der Schlachtruf „Wir müssen Krieg führen, damit die einzelnen Völker wieder stärker zusammenhalten“. Ähnliche Töne hört man in der Europäischen Union und in der NATO. Auch jetzt heißt es, der Krieg hat die Länder zusammengeführt. Man wird sehen.

Der Staatskanzler Clemens von Metternich hat versucht, den Lauf der Geschichte anzuhalten. Etwas länger als eine Generation lang ist ihm dies auch gelungen.

Anmerkungen

- 1) John T. Morse Jr.; John Quincy Adams, New York 1980
- 2) John T. Morse Jr. wie oben
- 3) John J. Mearsheimer; The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001

- 4) Alexander Demandt (Hg); Das Ende der Weltreiche; München 1997
- 5) Foreign Affairs November/December 2001
- 6) Michel Maffesoli; La Transfiguration du Politique, Paris 2002
- 7) Wendelin Ettmayer ; Alte Staaten, neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen, Linz 2008
- 8) The Economist; August 19th 2023

BLEIBT DIE NEUE WELTORDNUNG UNIPOLAR ODER WIRD SIE MULTIPOLAR?

Als der amerikanische Kolumnist und Publizist Charles Krauthammer nach Ende des Kalten Krieges den Begriff vom „unipolar moment“ prägte, hatten die USA tatsächlich die politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft in einer unipolaren Welt. Manche, wie Frances Fukuyama, waren überhaupt der Überzeugung, dass es zum Ende der Geschichte gekommen wäre, weil sich die Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft weltweit durchgesetzt hätten.

In der Zwischenzeit hat sich jedoch die Welt weiter verändert. China wurde eine Wirtschaftsmacht; Russland unter Wladimir Putin wieder selbstbewusster; und andere

BRICS- Staaten wie Indien oder Südafrika haben allen Grund, eine neue Weltordnung mit einer anderen Machtverteilung anzustreben. War doch Indien noch eine britische Kolonie, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seinen fünf ständigen Mitgliedern das Kernstück der Vereinten Nationen wurde und in Afrika gab es damals gerade fünf unabhängige Staaten. Dennoch gibt es in Washington starke Bestrebungen, weiter an einer unipolaren Weltordnung festzuhalten. Die entscheidende Frage ist daher, ob es zu einer Machtverschiebung in der Welt kommen wird und unter welchen Umständen?

Die USA wollen an der unipolaren Welt festhalten

Es sprechen viele Anzeichen dafür, dass die USA an ihrem Machtmonopol in der Welt festhalten wollen: die Politik des eigenen Landes ist auf dieses Ziel ausgerichtet; die Verbündeten in Europa und Ostasien werden dafür mobilisiert; und von der Wissenschaft wird dieses Bestreben in der Lehre abgesichert. Mit dem Neokonservativen setzte sich in der Außenpolitik eine bestimmende Kraft durch, die verlangt, dass Amerika die alleine bestimmende Macht in der Welt bleiben muss. So wurde bereits mit der National Security Strategy 1992 eine Militärdoktrin beschlossen, wonach kein anderes Land der Welt auch nur annähernd an die militärische Macht der USA herankommen dürfe. 2002 wurde dann das Recht der USA, Präventivkriege zu führen, in einer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ festgelegt. Entsprechend geben die USA heute mit \$ 800 Milliarden jährlich praktisch so viel für das Militär aus, wie die ganze übrige Welt zusammen.

Gleichzeitig wurden die Verbündeten in Europa und Ostasien mobilisiert. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine bestimmen die Balten und Osteuropäer die Politik der NATO und der Europäischen Union. Europa wird, so wie es Washington seit Jahren gewollt hat, aufgerüstet. In diesem Sinne konnte man unlängst in der New York Times lesen: *„Die NATO funktioniert, wie sie funktionieren soll. Europa ist von der amerikanischen Macht abhängig. Und dies zu günstigen Konditionen, da die NATO-Ausgaben der USA lediglich 6% des Pentagon- Budgets betragen; und die Europäer müssen zunehmend amerikanische Waffensysteme kaufen“* (1).

Um den Bestrebungen Chinas im Indo- pazifischen Raum entgegenzutreten, wurde der AUKUS- Pakt unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten, Australien und das Vereinigte Königreich kamen überein, in Rüstungsfragen zusammen zu arbeiten. Außerdem sollen Experten ihre Kenntnisse in den Bereichen künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und bei Cyber-Themen austauschen. Indien wurde zusammen mit Australien und Japan in den „Quadrilateral Security Dialogue“ mit den USA eingebunden; und in Japan sind starke Bestrebungen im Gange, die Streitkräfte weiter auszubauen.

Um die weltweite politische Vorherrschaft abzusichern, hat Präsident Biden die „Allianz der Demokratien“ ausgerufen. Die ganze Welt soll mithelfen, die „Auto-kraten“ in China und Russland, sowie in anderen Teilen der Welt in Schranken zu halten.

Auch von der Wissenschaft wird das Konzept einer unipolaren Welt abgesichert, wie in der Abhandlung von Stephen G. Brooks und William C: Wohlforth über „The Myth of Multipolarity“(2). Ihr Argument: die USA haben nach wie vor die Möglichkeit, die Strukturen einer unipolaren Welt zu erhalten. Auch wenn vor allem China und Russland das bestehende System infrage stellen, die USA können nach wie vor ihre militärische Macht weltweit einsetzen und, unterstützt von Alliierten, über Wirtschaftssanktionen massiven Druck ausüben. Der Aktionsradius für die USA ist zwar nicht mehr so groß wie unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, aber eine multipolare Welt bleibt immer noch ein Mythos.

Die Welt verändert sich

So sehr die USA auch in nächster Zeit aufgrund ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärke die führende Weltmacht sein werden, die Welt verändert sich. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts lebten noch ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa und Nordamerika. Wenn heute die USA und ihre europäischen Verbündeten als „internationale Gemeinschaft“ auftreten, vertreten sie nicht einmal mehr 10% der Weltbevölkerung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg produzierte die USA alleine 60% der Weltwirtschaft; China dagegen nur 2%. Heute erzeugen die USA und China jeweils etwa ein Fünftel des Welt-BIP; wobei der chinesische Anteil in den nächsten Jahren stark wachsen sollte. Der Anteil an den globalen Exporten lag 1948 für die USA bei 22%; für China

hingegen nur bei 0,9%. Heute beträgt der amerikanische Anteil nur mehr 8%; der chinesische hingegen 15%. Für 120 Länder wurde die Volksrepublik in der Zwischenzeit der wichtigste Handelspartner.

Politisch zeigte sich die neue Situation, als sich viele Länder des Globalen Süden weigerten, Russland wegen des Krieges in der Ukraine bedingungslos zu verurteilen oder sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Diese Staaten hatten ihre eigenen Erfahrungen mit „westlichen Werten“, mit Diskriminierung und Unterdrückung. Wenn sich die USA seinerzeit massiv gegen die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs ausgesprochen haben, heute aber verlangen, dass der russische Präsident genau vor dieses Tribunal gestellt wird, kann diese Doppeldeutigkeit von anderen Ländern nicht unbemerkt bleiben.

Die letzten Jahre standen weitgehend unter dem Motto „China läuft dem Rest der Weltwirtschaft davon - kein Land wächst bis 2040 stärker“ (3). Demnach werden, gemessen an ihrem Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung, die heutigen Entwicklungs- und Schwellenländer in 20 Jahren zu den westlichen Industrieländern aufgeschlossen haben. Vor allem China, so die Prognose, läuft allen voraus. Denn 31% des globalen Wachstums soll bis zum Jahre 2040 auf das Reich der Mitte entfallen. Haben im Westen viele die längste Zeit China als Markt gesehen, auf dem man gute Geschäfte machen konnte, so ist in Peking mit der wirtschaftlichen Stärke auch das Machtbewusstsein gestiegen. Eine starke Industrie wurde die Basis für eine starke Verteidigung;

Wissenschaft und Forschung wurden zunehmend in den Militärssektor integriert (4). Der zivile und der militärische Bereich bildeten zunehmend eine Einheit; die „Volksbefreiungsarmee“ wurde sehr stark modernisiert. Ziel der chinesischen Strategie ist es dabei offensichtlich, die amerikanische Vorherrschaft in den Grenzgebieten sowie im Indo-pazifischen Raum einzudämmen.

Der chinesische Präsident Xi Jinping macht keinen Hehl daraus, dass er die nach 1945 entstandene internationale Ordnung verändern und China in der neuen Ordnung einen bedeutenden Platz einräumen will. Im März 2023 verkündete er die „Globale Zivilisation Initiative“, die darauf abzielt, dass Regierungen nicht anderen Ländern ihre

eigenen Werte und politischen Institutionen aufzwingen sollen, um ideo-logische Auseinandersetzungen zu schüren. Die Bestrebungen des Westens, seine Menschenrechte anderen vorzuschreiben, wird als neue Art des Kolonialismus gesehen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 wurde die „Globale Sicherheitsinitiative“ vorgestellt. Demnach soll eine Blockbildung wie im Kalten Krieg überwunden werden und das Zusammenleben der Länder ohne Sanktionen und ohne Krieg ermöglicht werden. Und eine „Globale Entwicklungsinitiative“ wirbt für eine Entwicklung entsprechend dem chinesischen Modell, ohne dass dabei anderen irgend-welche Konditionen aufgezwungen werden (5) .

Im Gegensatz zu China wird Indien vom Westen hofiert. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi war eingeladen, in Washington vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen. Grundtenor dabei war, dass „die beiden größten Demokratien der Welt“ ihre gemeinsamen Interessen verteidigen müssten. Kurze Zeit darauf war Modi am französischen Nationalfeiertag Ehrengast bei der großen Parade auf den Champs-Elysees.

Dabei hat Indien seit der Konferenz von Bandung 1955 Wert gelegt auf eine unabhängige Außenpolitik und war führendes Mitglied der „Blockfreien“. Galt es seinerzeit, den amerikanischen Einfluss in der Region einzudämmen, so ist die Politik von Neu-Delhi heute stark von der Konkurrenz mit China bestimmt. Es werden Allianzen gesucht, die helfen, die indische Position zu stärken.

So werden die meisten Waffen in Russland gekauft und Moskau profitiert auch von den gestiegenen Öl-Exporten nach Indien. Andererseits sind die USA der wichtigste Verbündete im Indo- pazifischen Raum.

Aber Indien ist auch Mitglied der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ mit Sitz in Peking. Programm dieser Organisation ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, die Kooperation in Wirtschafts- und Handelsfragen, sowie die Stabilität in der Region. Diese Organisation vertritt 40 % der Weltbevölkerung und hat auch Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Vor allem ist es auch ein wesentliches Ziel, eine neue Machtverteilung in der Welt zu erreichen. In diesem Sinne werden auch Anstrengungen unternommen, die Vormachtstellung des Dollars zu vermindern.

Den Vorsitz Indiens im Sicherheitsrat der UNO im Dezember 2022 und den Vorsitz in der Gruppe G20 betrachtet Ministerpräsident Modi als Ausdruck der neuen Geltung Indiens in der Welt und des Vertrauens, das diese seinem Land entgegenbringt. Indien ist damit der „Vishwa Guru“, der Lehrmeister der Welt geworden, was diese endlich anerkennen müsse. Dabei spart der Ministerpräsident nicht mit großen Worten, wenn er für die Welt unter der Führung Indiens das Motto „One Earth, One Family, One Future“ gewählt hat. Die weltweiten Herausforderungen sollten in diesem Sinne durch Zusammenarbeit, nicht durch Krieg und Konfrontation, gemeistert werden.

Während Indien vom Westen umworben wird, verkörpert Russland für westliche Eliten und einen Großteil der Medien den Feind schlechthin; das Böse, das durch das Gute bekämpft werden muss. Seit sich herausgestellt hat, dass Wladimir Putin nicht, so wie sein Vorgänger Boris Jelzin, der willige Erfüllungsgehilfe für die USA ist, wird er diskreditiert und diffamiert.

Aber schon Jewgueni Maximowitsch Primakow, 1929 in Kiew geboren, Mitglied des Präsidialrates unter Michel Gorbatschow, später Außen- und Premierminister, hat sich mit der Frage befasst, wie sich die Aufteilung der Macht in der Welt auf Krieg und Frieden auswirkt. Dabei kam er zum Schluss, dass eine unipolare, alleine von den Vereinigten Staaten dominierte Welt, für die anderen Länder, insbesondere auch für Russland, unakzeptabel ist.

Gemäß der „Primakow- Doktrin“ ist eine Welt mit einer einzigen Hegemonialmacht äußerst instabil, während in einer multipolaren Welt der Einsatz von Gewalt durch gegenseitige Kontrolle eingedämmt wird. Damit bestimmen die souveränen Staaten die Regeln der Weltordnung.

Entsprechend soll sich Russland für eine multipolare Welt einsetzen, um der alleinigen Vormacht der USA entgegenzutreten. In diesem Bestreben soll sich Moskau um die Unterstützung anderer Großmächte bemühen; der Westen darf nicht mehr alleine für die internationale Gemeinschaft sprechen. Darüber hinaus muss Russland seine Vorherrschaft im Raum der früheren Sowjetunion behaupten und sich auf jeden Fall einer Erweiterung der NATO entgegenstellen (6). Sergeij Lawrow hat sich dann als Außenminister wiederholt zu der in der „Primakow- Doktrin“ vorgegebenen Leitlinie bekannt.

Alexei Arbatow, Vizepräsident des Verteidigungsausschusses der Duma, hat diese außenpolitischen Vorstellungen durch ein Militärkonzept unter dem Titel „The Transformation of Russian Military Doctrin: Lessons learned from Kosovo and Chechnya“ ergänzt. Für Arbatow bedeutete der Krieg, den die NATO 1999 gegen Serbien führte, eine Demütigung Russlands und das Ende eines Vertrauens-verhältnisses mit dem Westen. Im neuen Verteidigungskonzept Russlands sollten daher die Streitkräfte, inklusive der Nuklearwaffen, die Grundlage der Abschreckung bilden. Wenn die NATO in der Lage war, einen souveränen Staat wie Serbien ohne Zustimmung der UNO anzugreifen, dann könne ein ähnlicher Schlag auch gegen Russland erfolgen. Eine Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen war damit nicht mehr möglich, die NATO wurde für weite Teile der russischen Öffentlichkeit ein Feindbild.

Dies vor allem auch deshalb, weil die NATO durch den Krieg gegen Serbien, bei dem immerhin 1260 Flugzeuge eingesetzt wurden, aus einem Defensivbündnis, wie in den Zeiten des kalten Krieges, zu einem Offensivbündnis wurde. In diesem Krieg zerstörte die NATO 100% der serbischen Ö Raffinerien, 70% der Rüstungsindustrie, 60% der Öllager, 100% der Stromtransformatoren sowie 40% der Fernseh- und Radio-stationen. Insgesamt hat der Krieg gegen Serbien von 1999 dazu geführt, dass für Russland ein Krieg mit der NATO in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist und dass Russland aufgerüstet hat. Diese Entwicklung fiel zusammen mit dem Beginn der Präsidentschaft von Wladimir Putin.

Seither versucht Moskau, trotz des starken Übergewichts der USA, in einer unipolaren Welt, international auch eine eigene Rolle zu spielen.

So haben die Präsidenten Wladimir Putin und Xi Jinping anlässlich eines Gipfeltreffens im Dezember 2021 erklärt, dass sie sich gegen jene Kräfte wehren, „unter dem Mantel demokratischer Werte und der Menschenrechte“ in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen wollen. Anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking proklamierten beide Präsidenten eine neue Weltordnung für das 21. Jahrhundert. Diese soll sich von jener des Westens dadurch unterscheiden, dass jedes Land das Recht haben soll, seine „eigene Form von Demokratie“ zu wählen. Auch wenn es zwischen Moskau und Peking weiterhin unterschiedliche Interessen gibt, man ist sich darin einig, dass die Welt in Zukunft mehrere Machtzentralen haben und multipolar sein soll.

In diesem Sinne agieren auch andere Staaten: Die Türkei, obwohl Mitglied der NATO, verfolgt in wesentlichen Bereichen eine eigene Außenpolitik. Saudi-Arabien, ein alter Verbündeter der USA, zeigt emanzipatorische Tendenzen; und die afrikanischen Länder erachten eine internationale Ordnung, die vor ihrer Unabhängigkeit entstanden ist, als nicht zeitgemäß.

Dabei haben die Osmanen bis vor 100 Jahren weite Teile Europas, des Nahen Ostens und Nordafrikas beherrscht. Unter der Präsidentschaft von Recep Tayyip Erdogan, dem Chef der islamisch-religiös geprägten „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP), findet ein gewisses nationales Erwachen statt: die Türkei etabliert sich als regionale Macht; ist Mitglied der NATO; hat gleichzeitig eine Gesprächsbasis mit Moskau; liefert Drohnen an die Ukraine und spielt eine Rolle im syrischen Bürgerkrieg. Dass jetzt Landkarten von einer „Groß-Türkei“ auftauchen, die das Land in der vergangenen Größe darstellen, passt in dieses Bild und in das Bestreben Ankaras, ein neues Machtzentrum darzustellen.

Auch Saudi-Arabien, ein traditioneller Verbündeter der USA, hat sich an seine eigenen Interessen erinnert, als es darum ging, die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen durchzuführen. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass Saudi-Arabien, das seinerzeit den Petro-Dollar erfunden hat, in Zukunft auch Geschäfte in chinesischer Währung durchführen wird.

Damit würden die getroffenen Sanktionen Russland nicht weiter isolieren, sondern, im Gegenteil, die Abkehr vom Dollar stärken. Immerhin bezieht China 25% seiner Öl-Importe aus Saudi-Arabien. Auch hier ist es eine starke Persönlichkeit, Mohammed bin Salman, der bestrebt ist, für sein Land einen höheren Stellenwert in der internationalen Gemeinschaft zu erreichen.

Von vielen im Westen wird die Weltordnung der letzten Jahrzehnte als „Rules-based Order“ hingestellt, die allen in gleicher Weise gedient hätte. Von vielen afrikanischen Ländern wird das offensichtlich nicht so empfunden, was ihre Haltung zum Krieg in der Ukraine und zu den vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen gezeigt hat. Einerseits wurde der von den Großmächten früher ausgeübte Einfluss weiter aufrechterhalten; darüber hinaus haben die illegalen Invasionen wie im Irak und in Syrien ganze Regionen destabilisiert. Der NATO-Einsatz in Libyen hat dazu geführt,

dass sich terroristische Gruppen in der ganzen Sahel- Zone ausgebreitet haben und darüber hinaus religiöse Extremisten in mehreren Ländern gestärkt wurden.

1945, als die Vereinten Nationen gegründet wurden, waren fast alle afrikanischen Länder noch Kolonien. Auch heute hat kein afrikanisches Land einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Dabei betreffen die Hälfte der Sitzungen des Sicherheitsrates um 70% seiner Resolutionen das Geschehen in Afrika (7). Die Staaten Afrikas verlangen daher eine bessere Vertretung in einer neuen Weltordnung und in der Entscheidungsfindung, die ihre Angelegenheiten betrifft. Jedenfalls wollen sie eine Abkehr von einer Ordnung, in der eine einzige Macht alle wesentlichen Entscheidungen trifft.

Insgesamt kann man also sagen, dass die Haltung zum Krieg in der Ukraine eine Entwicklung deutlich gemacht hat, die sich schon in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Länder, die durch die Globalisierung wirtschaftlich gestärkt wurden oder die durch die Besinnung auf ihre historische Rolle wieder an Selbstbewusstsein gewonnen haben, sind nicht mehr so wie früher bereit, einer Führungsmacht bedingungslos zu folgen. Auch werden die der Ukraine gewährte Milliarden Dollar mit der Entwicklungshilfe verglichen und als Doppelmoral des Westens gewertet.

Das zeigen auch Meinungsumfragen: während im Westen 75% der Bevölkerung eine negative Meinung von China und gar 87% von Russland haben, sind die 6 Milliarden Menschen des Globalen Süden einer entgegengesetzten Ansicht. Der Westen sieht die Welt offensichtlich anders als der Rest (8).

Damit deckt sich auch, dass 48% der Inder und 51% der Türken meinen, die künftige Weltordnung wird multipolar sein, was nur 37% der Amerikaner, 31% der Menschen in der EU und nur 29% der Briten glauben. Schon Montesquieu hat in seinen "Lettres persanes" festgestellt, dass sich Europäer oft schwertun, andere Kulturen zu verstehen.

Anmerkungen

- 1) „Why NATO is not what it says it is“; NYT July 12th 2023
- 2) “ The Myth of Multipolarity“; Foreign Affairs May/ June 2023
- 3) “China eilt dem Rest der Welt davon“; FAZ 18. August 2021
- 4) Alain Bauer; „Au commencement était la Guerre « ; Fayard 2023
- 5) «The World according to Xi“; The Economist March 25th 2023

- 6) Alain Bauer; ob.zit.
- 7) "Order of Oppression"; Foreign Affairs May/June 2023
- 8) "The new non-aligned"; The Economist April 15th 2023
- 9) "The cost of the global arms race"; The Economist May 27th 2023
- 10) Bruno Umersbach; 2022
- 11) Alain Bauer; ob. Zit

Oberösterreich

ZERBRICHT DIE EUROPÄISCHE UNION AM UKRAINE-KRIEG?

Das Wort der Stunde heißt „Geschlossenheit“

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 demonstrierte der Westen große politische und militärische Geschlossenheit. Mit den USA kam es zu einem transatlantischen Schulterschluss. Was der russische Präsident Wladimir Putin als „militärische Spezialoperation“ bezeichnete, wurde vom Westen als Angriff auf „elementare zivilisatorische Werte“ dargestellt, dem man geschlossen mit aller Macht entgegentreten muss. Immer wieder konnte man auch lesen und hören, Putin sei es, wohl gegen seine Absicht, gelungen, den Westen zu einigen.

Das Ziel seiner Politik hat der amerikanische Präsident Joe Biden vorgegeben, als er erklärte, es gehe darum, Russland zu besiegen und in Moskau einen „Regime-change“ herbeizuführen. Die Präsidentin der EU- Kommission, Ursula von der Leyen, hat in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union die europäische Einigkeit beschworen. Und in diesem Sinne hat der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg

vor den Vereinten Nationen den russischen Einmarsch als einen „Assault against the rules-based international order“ scharf verurteilt. Von führenden Medien wurde verlangt, dass der Krieg „als Weckruf für die eigene Außen- und Sicherheitspolitik“ gesehen wird.(1) Von den USA, der EU und Großbritannien wurden für die Ukraine Hilfsmaßnahmen in einem noch nie da gewesenen Ausmaß beschlossen.

Dem politischen Gleichklang folgte die militärische Geschlossenheit. Die NATO, kurze Zeit vorher vom französischen Präsidenten Macron noch als „schein-tot“ bezeichnet, erlebte eine neue Blüte. Hatte der französische Präsident auch immer wieder eine eigene Europa Armee gefordert, so wurde mit der neuen Rolle der NATO die volle militärische Vorherrschaft der USA in Europa wieder bestätigt. In diesem Sinne wurde dann auch im Jänner 2023 beschlossen, dass die EU und die NATO ihre Zusammenarbeit weiter verstärken wollen. Die Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen „soll auf die nächste Stufe gehoben werden“. Die ohnehin hervorragende Zusammenarbeit soll vertieft und auf neue Bereiche ausgedehnt werden, weil „die Sicherheit Europas bedroht ist“ (2).

Dass aus der NATO, die während der ganzen Zeit des Kalten Krieges ein Defensiv-Bündnis war, eine offensive Allianz geworden ist, die ihre Raketen bis an die Grenze Russlands vorgeschoben hat, spielte dabei offensichtlich keine Rolle.

Heute lautet der Schlachtruf unter den NATO- Mitgliedern „gemeinsam für die Demokratie in der Ukraine kämpfen“. Dabei war „Demokratie“ nicht immer die erste Priorität der Organisation. Schon bei der Gründung 1949 war Portugal Gründungsmitglied, damals regiert vom Diktator Antonio Salazar. Dann unterstützten die USA den Militärputsch in Griechenland. Man wollte verhindern, dass eine linke, NATO- feindliche Regierung an die Macht kommt. Und die Türkei war auch unter verschiedenen Militärregierungen NATO- Mitglied. In der Zeit des Kalten Krieges stand eben der Kampf gegen den Kommunismus im Vordergrund.

Viele westliche Medien begrüßten, dass der Krieg in der Ukraine das transatlantische Bündnis gestärkt habe. Dabei haben die USA nach dem Sieg im Kalten Krieg und ihrem Bestreben, in allen Teilen der Welt die alleinige Vorherrschaft auszuüben, wesentlich zur Destabilisierung der internationalen Ordnung beigetragen. Die Misserfolge im Irak und das Debakel in Afghanistan, die fehlgeschlagenen Interventionen

in Libyen und Syrien, sollen nunmehr durch einen Sieg in der Ukraine wettgemacht werden. Unter dem Hinweis darauf, dass Europa seine Sicherheitsinteressen nicht autonom wahrnehmen kann, unterwarfen sich die europäischen Regierungen bedingungslos dem amerikanischen Führungsanspruch. Die dafür gegründete „Allianz der Demokratien“ ist gleichzeitig eine Allianz gegen den Rest der Welt. Die Frage ist, ob diese neue transatlantische Geschlossenheit nicht die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union derart einschränkt, dass diese nunmehr in eine Vasallen- Rolle gegenüber den USA gedrängt wird.

Die „Zeitenwende“ ist ein Salto rückwärts

Die Politik der Europäischen Union gegenüber der Ukraine wurde als „Zeiten-wende“ bezeichnet, also als eine entscheidende Wende im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik. Das ist sie auch. Allerdings stellt sie einen Salto- rückwärts dar. Dabei wurden wesentliche Elemente jener Politik, die bisher die Legitimität der europäischen Integration gebildet haben, aufgegeben, ja in ihr Gegenteil verkehrt.

Das Projekt der europäischen Einigung war zu allererst ein Friedensprojekt, jetzt ist die EU dabei, den Krieg in der Ukraine zu eskalieren. Europäische Integration bedeutete von Anfang an Prosperität, mehr Lebensqualität für die Bürger der Union. Jetzt heißt es, „Opfer zu bringen, um Putin zu stürzen“ und dafür muss eine Verminderung der Lebensqualität in Kauf genommen werden. Eine eigene Europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte der EU einen gewissen autonomen Spielraum schaffen. Jetzt ist die völlige Unterordnung unter die USA wieder hergestellt.

1000 Jahre lang war Außenpolitik macht Politik. Es ging darum, die Macht des Souveräns, des eigenen Landes zu stärken. Als „groß“ in der Geschichte galt, wer andere Länder eroberte und seinen Herrschaftsbereich ausdehnte. Es gab auch immer wieder Friedensprojekte. Erasmus von Rotterdam schrieb schon 1515:

„Es sollte einmal unter den Herrschern ein Übereinkommen darüber getroffen werden, was jeder beherrschen solle.... Und einmal festgelegte Grenzen dürfen durch keine Verträge verschoben werden“ (3). Charles-Irenée Castel de Saint-Pierre schlug 1713 einen Europäischen Staatenbund vor, so dass alle künftigen Streitigkeiten ohne Krieg

auf dem Weg eines Schiedsgerichtes ausgetragen werden. Und Immanuel Kant beschrieb in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ einen föderativen Staatenbund, der den Weltfrieden sichern sollte: demnach dürfen keine Staatsschulden gemacht werden, um aufzurüsten; kein Staat soll sich in die Verfassung und in die Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen; und kein Staat soll sich in einem Krieg solche Feindseligkeiten erlauben, die einen künftigen Frieden unmöglich machen.

Diese und andere Friedensprojekte blieben Theorie, bis es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer „Revolution in der europäischen Diplomatie“ kam. Mit der Gründung des Europarates wurde in den zwischenstaatlichen Beziehungen unseres Kontinents Konfrontation durch Kooperation ersetzt; das Streben nach Macht durch das Bemühen um mehr Prosperität; Welfare durch Warfare.

In den USA hat diese Revolution nie stattgefunden dort galt nach wie vor der Grundsatz „Foreign Policy without the backing of the Military is like a Baseball game without a Baseball bat“. Zwar haben die USA mit Beginn des Kalten Krieges die Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen unterstützt, weil beide Länder im Kampf gegen den Kommunismus gebraucht wurden.

Aber nach der Osterweiterung der EU teilte der US-Verteidigungsminister Rumsfeld die EU in ein „altes“ und „neues“ Europa ein, wobei die früheren kommunistischen Länder, allen voran Polen und Balten, die Speerspitze im Kampf gegen Russland bilden sollten.

Man berief sich darauf, dass diese Länder bereitwillig eine aggressive Vorgangsweise gegen Russland unterstützten. Die NATO wurde 1500 km nach Osten bis an die Grenzen Russlands vorgeschoben. Die USA kündigten einseitig Abrüstungsverträge wie den ABM- Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen. In der Ukraine wurde 2014 ein Staatsstreich gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten unterstützt und das Land wurde massiv aufgerüstet. 2021 betrug die Militärausgaben der Ukraine bereits 4 % des BIP zusätzlich lieferte Amerika Waffen im Wert von \$ 2,5 Milliarden. Regelmäßig wurden NATO-Manöver an den Grenzen Russlands durchgeführt.

Nach der Intensivierung der Kämpfe im Februar 2022 hat, vielfach auf Druck der Medien, ein Wettlauf dahingehend eingesetzt, welches Land der EU die Führungsrolle bei den Waffenlieferungen in die Ukraine übernimmt. Aus einer Friedensunion wurde eine Kriegs-Allianz. Die dabei eingeschlagene Eskalation kann leicht nachvollzogen werden: hieß es zunächst immer, es würden „Defensiv-waffen“ geliefert, so wurden sehr schnell aus „gepanzerten Fahrzeugen“ schwere Kampfpanzer. Dabei stellte die Regierung in Kiew immer wieder neue Forderungen. Nach der Zusage, dass Kampfpanzer geliefert werden, fordert Präsident Selenskyi jetzt Kampfflugzeuge.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock konnte jedenfalls zu Recht sagen: „Wir befinden uns im Krieg mit Russland“. Für die Rüstungskonzerne bedeutet all das nicht nur das große Geschäft, man hat auch ein neues Image als „Krisen-helfer“ bekommen. In der Ukraine wurde die Europäische Union Teil eines Stellungs-krieges: man liefert die notwendigen Waffen, bildet dafür die ukrainischen Soldaten aus und übermittelt die Informationen der eigenen Geheimdienste.

Obwohl es sich um einen Krieg handelt, der zwischen zwei europäischen Staaten geführt wird, hat die EU nicht versucht, ernsthafte Friedensgespräche einzuleiten oder einen Waffenstillstand zu erreichen.

Anstatt zu versuchen, im Sinne „europäischer Werte“ das Friedensprojekt Europa weiterzuführen, ist man auf den amerikanischen Weg der Militarisierung der Außenpolitik eingeschwenkt. Ein schwerer Schlag gegen einen Grundpfeiler der Legitimation der europäischen Integration.

Wirtschaftssanktionen statt Prosperität.

Jahrzehntelang hat die europäische Integration wesentlich dazu beigetragen, dass der Lebensstandard der Bürger in den Mitgliedstaaten entscheidend gestiegen ist. Offene Grenzen haben den Wettbewerb gefördert, die vom Europarat beschlossene Sozialcharta war die Grundlage dafür, dass die Marktwirtschaft soziale Rahmenbedingungen einhalten musste. Jedenfalls wurde die Prosperität Teil der Legitimität der Europäischen Union.

Nun wurden in den letzten Jahrzehnten Wirtschaftssanktionen die Lieblingswaffe der USA. Schon 2010 lebte ein Drittel der gesamten Menschheit unter Sanktionen, die von Washington verhängt worden sind. Die Vereinigten Staaten sind überzeugt, als stärkste Wirtschaftsmacht der Welt jeden Wirtschaftskrieg gewinnen zu können.

Außerdem treffen Sanktionen Amerika wesentlich weniger als Europa, weil das Land nicht so stark in die Weltwirtschaft eingebunden ist.

Schon vor der Intensivierung der Kämpfe in der Ukraine im Februar 2022 wurden gegen Russland „crippling sanctions“ verhängt, Sanktionen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Die russische Wirtschaft sollte noch vor Kriegsausbruch zum Erlahmen gebracht werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland war den Amerikanern schon lange ein Dorn im Auge. Immer wieder wurde gefordert, dass die Nord Stream2 Pipeline, die russisches Gas nach Europa befördern sollte, nicht in Betrieb genommen wird. Diese Pipeline, von der Präsident Biden sagte, „we will take it out“, wurde ja dann gesprengt; und es gibt viele Stimmen, die sagen, dazu wäre es auch ohne Krieg gekommen.

Nicht ganz verständlich ist, warum die Spitzen der EU die amerikanische Sanktionspolitik gegen Russland mit Begeisterung übernommen haben. Hat man die Auswirkungen auf Europa nicht oder zu wenig bedacht?

Den diese Auswirkungen sind gewaltig. So hat der „Economist“ im September 2022 unter dem Titel „Morgenthau’s revenge“ geschrieben, dass aufgrund der Sanktionen eine des Industrialisierung Deutschlands im Raume steht, die sich auf ganz Europa auswirken kann

Der Artikel nahm Bezug auf das Buch „Germany is our Problem“, das der damalige US- Finanzminister 1945 schrieb und in dem er verlangte, dass Deutschland in ein Agrarland ohne Industrie verwandelt sollte (5). Die nunmehr verhängten Sanktionen, so der Artikel, werden Deutschland vom günstigen russischen Erdgas abschneiden, das die Grundlage dafür bildete, dass die deutsche Wirtschaft überaus wettbewerbsfähig war. Tatsächlich sind nach den Sanktionen die Energiepreise für die Wirtschaft und für die Konsumenten dramatisch gestiegen, die Inflation wurde angeheizt, große und kleine Betriebe mussten schließen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit verbunden der Wohlstand der Bürger in Mitteleuropa wurden dramatisch beeinträchtigt. Im Gegensatz zu den seinerzeitigen Vorstellungen von Henry Morgenthau beträgt heute der Anteil der deutschen Industrieproduktion am BIP immer noch 27%, verglichen mit je 17% in Frankreich und Großbritannien. Die Frage ist nun, wie lange noch?

Laut einer Berechnung des "Instituts der deutschen Wirtschaft" kostet der Krieg in der Ukraine den Deutschen alleine im heurigen Jahr € 175 Milliarden, von 2020 bis Ende 2023 wird die deutsche Wirtschaft € 595 Milliarden einbüßen (6).

Dabei fehlt es nicht an warnenden Stimmen. Olivier Blanchard, früher Chefökonom des Internationalen Währungsfond (IMF) weist darauf hin, dass es den Regierungen mit gewaltigen Subventionen gelungen ist, die Kaufkraft der Konsumenten zu stützen. Gleichzeitig betont er aber, dass es auf Dauer nicht möglich sein wird, den Krieg in der Ukraine mit Schulden zu finanzieren. Zurzeit trägt die permanente Diabolisierung Putins noch dazu bei, dass die Menschen bereit sind, Opfer zu bringen. Dennoch stellt sich die Frage, wie sich der Wohlstandsverlust auf eine Institution auswirkt, deren Legitimität auch darin besteht, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Vasallenrolle gegenüber den USA

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sollte eine weitere Legitimation für die Europäische Union sein, als sie Europa eine gewisse Autonomie in den internationalen Bild jangen ermöglichen könnte. Die GASP wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1993 beschlossen. Damals sind die Regierungen übereingekommen, durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit die gemeinsamen Interessen besser zu vertreten. Frieden und Sicherheit sollten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen und den Schlussakte von Helsinki gestärkt und Konflikte verhindert werden. Kam es unter Präsident Donald Trump immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, so wird seit dem Amtsantritt von Joe Biden die transatlantische Verbundenheit neuerlich beschworen.

Dabei zeigte auch die neue US-Administration sehr bald, dass auch für sie amerikanische Interessen im Vordergrund stehen. Der Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 erfolgte, ohne dass die europäischen Verbündeten rechtzeitig informiert worden wären. Und der im Herbst 2022 beschlossene „Inflation Reduction Act“, offiziell ein Gesetz zur Verminderung der Inflation, subventioniert die amerikanische Autoindustrie in einer äußerst protektionistischen Weise. Keine Rede davon, dass europäische Firmen und Exporte in Amerika so behandelt werden, wie amerikanische Unternehmen und Ausfuhren in der EU.

Nun haben die USA durch ihr jahrelanges Drängen, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärft. Washington und London haben sich gegen eine Neutralität der Ukraine ausgesprochen. Ukrainisch-russische Friedensgespräche im März 2022 wurden torpediert. Dennoch unterstützt die EU- Spitze bedingungslos die amerikanischen Kriegsziele in der Ukraine. Obwohl es sich um einen Krieg handelt, der auf europäischem Boden zwischen zwei europäischen Staaten ausgetragen wird, wurde von der EU nichts unternommen, um eine diplomatische Lösung zu finden. Im Gegenteil, man folgt bedingungslos der von Washington vorgegebenen Militärstrategie.

Dabei gibt es in den USA selbst sehr wohl Überlegungen darüber, was ein langer Krieg in der Ukraine kostet, was sich für die USA auszahlt und was nicht. Die RAND-Corporation, ein Think-Tank mit dem Ziel, die US- Streitkräfte zu beraten, hat in einer Studie festgehalten, dass man sehr wohl überprüfen muss, ob ein Krieg, der sich bis 2025 hinzieht, noch den nationalen Interessen der USA entspricht. Die Schlussfolgerung: die USA können auch von Kampfhandlungen, die sich über Jahre hinziehen, profitieren, schon deshalb, weil sich dadurch die Militärausgaben der Europäer erhöhen und ihre Wirtschaft gleichzeitig von der Russlands abgeschnitten bleibt. Gleichzeitig muss man aber auch die Kosten für Amerika Bedenken: ein längerer Konflikt könnte die NATO noch mehr in den Krieg hineinziehen und bringt das Risiko eines Atomkrieges mit sich. Vor allem verschlingt er jene Mittel, die dann in der Auseinandersetzung mit China fehlen. Deshalb empfiehlt die Studie, den Krieg nicht weiter zu eskalieren und schlägt letztlich Verhandlungen vor (7).

Es stellt sich daher die Frage, ob die Europäer ihre Interessen genauso deutlich formulieren oder sich weiter bedingungslos den USA unterwerfen, wie das bei anderen Konflikten der Fall war.

Wohin führt der Weg?

Die Kriegsziele werden immer deutlicher

Während es in der offiziellen westlichen Propaganda heißt, beim Krieg in der Ukraine geht es um „unsere Werte“, um Freiheit und Demokratie, werden die tatsächlichen Kriegsziele immer deutlicher: es geht um Machtpolitik in der Region, die sehr wohl globale Auswirkungen hat.

Russland will keine feindlichen Raketen an seinen Grenzen haben, die in wenigen Minuten Moskau erreichen können. Russland will die Einhaltung der seinerzeit von Außenminister James Baker beim Gipfelgespräch in Malta gemachten Zusagen, als er erklärte: „Wenn wir auch in Deutschland weiter militärisch präsent sind, es wird keine Ausweitung der NATO Richtung Osten geben, nicht einen Inch“ (8) Tatsächlich wurde die NATO 1500 km ostwärts bis an die russische Grenze vorgeschoben. Und die Ukraine wurde in den letzten Jahren aufgerüstet, als wäre das Land bereits ein NATO Mitglied .

Kein Wunder, dass Präsident Putin noch im Dezember 2021 Sicherheitsgarantien und eine Sicherheitszone für sein Land verlangte. Demnach sollte die Zahl der NATO - Streitkräfte begrenzt und amerikanische Atomwaffen abgezogen werden. Vergleicht man diese Vorschläge mit der Monroe-Doktrin, wonach sich überhaupt keine ausländische Macht in Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre einmischen darf, sehen die russischen Vorstellungen eher bescheiden aus. Und wie immer man die ukrainische Geschichte sieht: die Ukraine war länger ein Teil Russlands als Texas ein Gliedstaat der Vereinigten Staaten. Wie die USA reagieren, wenn eine aus-ländische Macht an ihren Grenzen aufrüstet, hat man während der Raketenkrise auf Kuba gesehen.

Tatsächlich haben die USA in den letzten Jahrzehnten die Schwäche Russlands brutal ausgenutzt: 1999 wurde Serbien, ein Verbündeter Russlands, bombardiert. Durch verschiedene „Farben Revolutionen“ wurden pro- russische Regierungen ge-stürzt und durch eine US- freundliche ersetzt. Und 2014 kam es zum Putsch in Kiew, der einen demokratisch gewählten, pro- russischen Präsidenten durch einen pro- westlichen ersetzte. Das alles hat nicht zur Verbesserung der Ost- West- Beziehungen beigetragen. Mit der weiteren Aufrüstung der Ukraine wurde für Moskau eine „rote Linie“ überschritten.

Auch die amerikanischen Kriegsziele sind klar zutage getreten: die Ukraine muss weiter ein amerikanisches Protektorat bleiben; Russland muss zerstört oder zumindest stark geschwächt werden; der Rest Europa muss politisch, wirtschaftlich und militärisch bedingungslos die amerikanische Vorherrschaft anerkennen. Die Eliten in den USA sehen das ganz klar. Diese realpolitischen Ziele werden aber damit umschrieben, dass man „für die liberale, auf Gesetzen basierende Ordnung“ in der Welt kämpft, also für das Gute und gegen das Böse.

Dieser Kampf wird in einem großen historischen Zusammenhang gesehen. So auch Robert Kagan in seinem neuen Buch „The Ghost at the Feast: America and the Collapse of World Order, 1900-1941“, in dem er ausführt, dass die „liberale Ordnung“, die der Welt offene politische Systeme und Marktwirtschaft brachte, durch die Macht der USA geschaffen wurde und durch diese Macht erhalten werden soll (9). In diesem Zusammenhang wird auch der Krieg in der Ukraine gesehen.

Amerikas Aufgabe ist es eben nicht nur, das eigene Land zu verteidigen, sondern „die Werte der freien Welt“, wo auch immer sie gefährdet sind. Dass es bei der Verteidigung der „Werte“ gleichzeitig um handfeste politische, wirtschaftliche und militärische Interessen geht, ergibt sich von selbst. Aber aus innenpolitischen Gründen, um die Bürger für die vorgegebene Politik zu gewinnen, müssen die Gestalter der amerikanischen Außenpolitik die Werte in den Vordergrund stellen.

So heißt es in der westlichen Propaganda, dass es im Ukraine-Krieg um die Souveränität des Landes, um Demokratie, ja um die Rettung der „Freien Welt“ geht. Würden die Ukrainer, so kann man täglich lesen und hören, nicht für uns kämpfen, würde Putins Armee bis Lissabon durchmarschieren.

Doch um welche Souveränität geht es in der Ukraine? Von Victoria Nuland, jetzt stellvertretende US-Außenministerin, wissen wir, dass in Washington bestimmt wird, wer in Kiew regieren darf. Und ohne amerikanische Unterstützung würde der Krieg an einem Tag beendet sein. Was die Demokratie betrifft, so wird in der Ukraine nicht nur die große russische Minderheit massiv unterdrückt, auch allen anderen nationalen und religiösen Minderheiten wird der Gebrauch der eigenen Sprache und die Pflege der eigenen Kultur untersagt.

Bei diesem Krieg geht es eben nicht um Werte, sondern darum, dass die Ukraine in der machtpolitischen Sphäre der USA bleibt. Damit hat der Krieg in der Ukraine eine ganz entscheidende globale Dimension: Können die USA auch in Zukunft die Machtverhältnisse in der Welt alleine bestimmen oder gibt es eine Verschiebung hin zu einer multipolaren Welt.

Deshalb hat Washington ganz entscheidend zur Eskalation der Kämpfe beigetragen, dazu, dass heute schon von einem amerikanisch-russischen Krieg gesprochen werden kann. Dies auch deshalb, weil die modernen, von den USA gelieferten Waffensysteme, jedenfalls voll und ganz in die amerikanische Informationstechnologie eingebunden sind. So konnte das Flaggschiff der russischen Schwarzmeer-Flotte, die Moskwa, nur mithilfe der Informationen der amerikanischen Geheimdienste versenkt werden. Aufgrund dieser Vernetzung werden russische Soldaten, die ihre eigenen Mobiltelefone verwenden, regelmäßig in die Luft geblasen; genauso wie eine Gruppe von russischen Generälen, die aufgrund von US-Geheiminformationen identifiziert werden konnten.

Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, den Krieg so weit zu eskalieren, bis er, wie von Kiew gewünscht, zum Dritten Weltkrieg führt? Das ist keine theoretische Frage. Von Kriegsbefürwortern auf der ukrainischen Seite wird immer wieder betont, „wir befinden uns seit langem im Dritten Weltkrieg“. Die demokratischen Länder müssen das endlich verstehen und entsprechend handeln (10). Aber diese Realitäten entsprechen keinesfalls dem Narrativ, das offiziell als Begründung für die Unterstützung des Krieges durch den Westen dargelegt wird. Damit wird die Legitimität der westlichen Politik im Ukraine-Krieg ganz entscheidend infrage gestellt.

Journalismus als Ideologie

Schon vor einiger Zeit haben die beiden französischen Journalisten Philippe Cohen und Elisabeth Levy die Entwicklung ihres Berufsstandes analysiert (11). Dabei kamen sie zum Schluss, dass der Journalismus eine Ideologie geworden ist, ja als solche den Kommunismus abgelöst hat. Jetzt ist es der Journalismus, der festlegt, was und wie gedacht werden darf. Aus Information wurde Indoktrination. Aus Journalisten, so die Autoren, sind Prediger geworden, die immer auf der Seite des Guten stehen und gegen das Böse kämpfen. Abweichende Meinungen sind nicht mehr erlaubt. Aus einer Profession wurde eine Mission.

Haben Philippe Cohen und Elisabeth Levy ihre Beobachtungen noch aus den Balkan-Kriegen gewonnen, wo die Serben das Böse, die Kroaten bzw. Bosnier die gute Seite verkörperten, so kann heute dasselbe Muster auf den Ukraine-Krieg übertragen werden: demnach führt Putin einen Angriffskrieg, „der in keiner Weise pro-voziert wurde“, obwohl die Neuordnung in Europa seit Jahrzehnten gegen Russland aufgebaut worden ist. Regierungen, die mit Waffenlieferungen zögern und sich nicht an der Eskalation des Krieges beteiligen wollen, werden beschuldigt, „dem Ansehen ihres Landes zu schaden“. Auf der anderen Seite wird der ukrainischer Präsident Selenskyi als „der wohl populärste Staatschef der Welt“ bezeichnet, obwohl Millionen seiner Bürger aus dem Land fliehen, was nicht gerade ein Vertrauensbeweis ist. Wie sehr sich der im „Notre métier a mal tourné“ dargelegte Trend intensiviert und verstärkt hat, zeigen Leonard Downie und Andrew Heyward von der Walter Cronkite School of Journalism and Mass Communication der Arizona State University.

In ihrer Studie „Beyond Objectivity“ argumentieren sie, dass journalistische Objektivität eine Sache von gestern ist und dass führende Journalisten diese Meinung heute teilen. Objektivität kann zu einer falschen Ausgewogenheit führen, was abzulehnen ist, wenn eine Seite das Gute, die andere aber das Böse verkörpert. Heute muss es um Wahrheit gehen, um Engagement für den Umweltschutz, die Gleichberechtigung von Benachteiligten und Minderheiten. Dafür braucht man mehr Diversität bei der Auswahl der Journalisten, verbunden mit mehr Gleichklang bei den getroffenen Aussagen. Vielfalt bei den Akteuren, aber keine Meinungsvielfalt.

Im Gegensatz dazu hat Karl Jaspers in seinem Buch „Lebensfragen der deutschen Politik“ noch geschrieben: „objektive Information soll die eigene wertende Auffassung mitteilen und dazu die fremden Wertungen berichten, die ihrerseits geistige Tatsachen sind“ (12). Dass es sich bei der Frage, ob Journalismus objektiv sein soll, weit über den Medienbereich hinaus um eine Grundfrage der Demokratie handelt, zeigt eine Gallup- Umfrage über „Vertrauen in Institutionen“ in den USA. Demnach vertrauen heute nur mehr 11% der Amerikaner den, was sie in ihren Zeitungen lesen, 53% haben kein Vertrauen mehr. 2002 erklärte noch 35%, sie hätten Vertrauen in ihre Zeitungen. Daraus ersieht man wohl, dass die Frage, ob sich Berichterstattung an „Objektivität“ orientieren soll oder nicht, sehr wohl auch eine Frage der Legitimität einer essenziellen

Institution unserer Demokratie ist. Der Verlust dieser Legitimität könnte sich sehr wohl auch auf die Institution, über die berichtet wird, also auf die Europäische Union, auswirken.

Was können wir vom Ersten Weltkrieg lernen?

Der Stellungskrieg in der Ost- Ukraine wird immer wieder mit dem Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg verglichen: gewaltige Opfer bei geringen Gebietsgewinnen. Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe von anderen Parallelen, die sich zwischen dem „Großen Krieg“ und dem Krieg in der Ukraine aufdrängen: jene Gruppen im Deutschen Reich, die jeden Verhandlungsfrieden ablehnten und auf einen „Sieg-Frieden“ drängten, haben ganz entscheidend zum Desaster ihres Landes beigetragen. Habsburger, Hohenzollern und die Romanow haben erst durch den Krieg die Legitimation verloren, ihre Länder zu regieren. Und eines wurde klar: die Auswirkungen eines Krieges sind nicht vorhersehbar.

Wenn es während des Ersten Weltkriegs Friedensoffensive gab, wurden diese regelmäßig von jenen verhindert, die auf einen „Sieg-Frieden“ drängten. So wie Siegfried in der deutschen Heldensage würde auch die deutsche Armee alle Feinde besiegen und den Frieden diktieren. Das erinnert sehr stark an die Aussagen des ukrainischen Präsidenten und seiner Förderer im Westen, dass es „keine Alternative zum Sieg auf dem Schlachtfeld gibt“. Und jene, die ihre Hilfe bis zum Endsieg zu sagen, unterstützen jedenfalls heute die Zerstörung und morgen vielleicht die Zerstückelung der Ukraine. Für das Deutsche Reich wäre wohl jeder Verhandlungsfriede besser gewesen als das 1918 eingetretene Desaster. Wird das auch für die Zukunft der Ukraine gelten?

Der Erste Weltkrieg hat jene Dynastien, die in Österreich- Ungarn, im Deutschen Reich und in Russland seit Jahrhunderten herstellen, ein Ende gesetzt. Nun argumentiert Alan Sked von der London School of Economics, dass diese Länder vor 1914 eine durchaus gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufweisen konnten und das es erst der 1914 ausgebrochene Krieg war, der zum Sturz dieser Dynastien führte (13). Was Österreich-Ungarn betrifft, so betont Sked, dass unter den Habsburgern ein Rechtsstaat bestand, wesentliche Elemente eines Wohlfahrtsstaates eingeführt wurden und dass die wirtschaftliche Entwicklung, verglichen mit anderen Ländern, positive Ergebnisse aufweisen konnte. Und jene, die für Reformen eintraten, wollten

das im Rahmen der gegebenen politischen Strukturen und Institutionen machen. Als Beispiel dafür könnte man Schriften von Karl Renner und die Abhandlung über die Nationalitätenfrage von Otto Bauer anführen.

Im Deutschen Reich war der wirtschaftliche Aufschwung besonders ausgeprägt und die schon von Bismarck gelegten Grundlagen eines Wohlfahrtsstaates waren beispielgebend. Von 1870-1913 ist die deutsche Wirtschaftsproduktion um das Achtfache gestiegen (verglichen mit einer Verdreifachung in Frankreich). Deutschland erzeugte 1913 mehr Stahl als Großbritannien; in Bereichen wie Chemie, Elektrogeräte oder Feinmechanik wurden Spitzenleistungen erzielt. All diese Beispiele führt Alan Sked an, um aufzuzeigen, dass die beiden Monarchien in Mitteleuropa vor 1914, also vor dem Krieg, nicht dem Untergang geweiht waren, sondern dass es erst der Weltkrieg war, der den Herrscherhäusern ihre Legitimität nahm.

Das gilt auch für das Zarenreich. 1914 hatten sich in Russland 327 ausländische Unternehmen niedergelassen. Ausländische Investitionen trugen wesentlich zur Expansion der russischen Wirtschaft bei. Diese Investitionen waren offensichtlich Ausdruck des Vertrauens, das man im Ausland hinsichtlich einer positiven Entwicklung im Zarenreich hatte. In diesem Sinne äußerte sich auch der britische Botschafter in Sankt Petersburg, der im April 1914 schrieb: „Russland wird bald so mächtig sein, dass wir alles versuchen sollten, seine Freundschaft zu erhalten“.

D.h. nicht, dass es in den drei Monarchien nicht auch große politische und soziale Probleme gegeben hätte. Die Argumentation ist vielmehr, dass es möglich gewesen wäre, diese zu bewältigen und dass es erst der Weltkrieg war, der zum Sturz der Dynastien führte, weil diese ihre Legitimität verloren hatten. Denn, und das zeigt gerade auch der Erste Weltkrieg, ein Krieg hat Folgen, die nicht vorhergesehen werden. Das gilt auch für den Krieg in der Ukraine. Wenn nun führende Exponenten der Europäischen Union einen Kampf bis zum Endsieg, was auch immer das heißt, anstreben, kann das durchaus Folgen haben, die zur Zeit niemand bedenkt. Insbesondere kann damit auch ein Verlust der Legitimität der Europäischen Union verbunden sein. Damit läuft die europäische Integrationsgefahr, jene Grundlagen zu verlieren, auf denen sie bisher aufgebaut war.

Anmerkungen

- (1) Iryna Solomenko; Der Lange Krieg; in Internationale Politik Mai/Juni 2022
- (2) Presseaussendung der EU- Vertretung gesehen vom 10. Jänner 2023
- (3) Idee Europa; Entwürfe zum Ewigen Frieden; Begleitmaterial zur Ausstellung des Deutschen historischen Museum; Berlin 2003
- (4) Economist vom 4. Dezember 2021
- (5) Economist vom 17. September 2022
- (6) Institut der deutschen Wirtschaft; 23. Jänner 2023
- (7) New York Times; 6. Februar 2023
- (8) Economist vom 8. Jänner 2022
- (9) Robert Kagan; The Ghost at the Feast: America and the Collaps of World Order 1900 -1941;
- (10) Die Russen wissen, Putin ist am Ende; in Die Welt vom 10. Jänner 2023
- (11) Philippe Cohen & Elisabeth Lévy; Notre métier a mal tourné ; Paris 2008
- (12) Karl Jaspers ; Lebensfragen der deutschen Politik; Deutscher Taschenbuchverlag, München 1963
- (13) Alan Sked; The Decline and Fall of the Habsburg EmpirE 1815-1918; London 2003

WOHIN WENDET SICH AFRIKA?

Das Geschehen in Afrika wird uns meist nur sehr punktuell dargestellt. Dabei ist auf dem Kontinent gerade eine geopolitische Neuorientierung im Gange:

- Frankreich muss sich aus seinen früheren Einflussgebieten weitgehend zurückziehen;
- Russland hat, vor allem auch mithilfe der Söldnertruppe Wagner, neue Machtpositionen aufgebaut;
- China wurde auf dem ganzen Kontinent ein dominierender wirtschaftspolitischer Faktor;
- die demographische Entwicklung ist gewaltig und wird, aufgrund der zu erwartenden Migrationswelle, größte Auswirkungen auf Europa haben;
- die Entwicklung der Demokratie ist in vielen Ländern ins Stocken geraten. Zunehmend haben die Militärs wieder die Macht ergriffen;

Insgesamt strebt der „Globale Süden“ in einer Neuen Weltordnung nach mehr Mitsprache. Das ist verständlich. Waren doch 1945, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als einer der Grundpfeiler der derzeitigen Ordnung geschaffen wurde, nur fünf afrikanische Länder unabhängig. Heute zählt Afrika 54 souveräne Staaten. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, warum die Jahre nach der Unabhängigkeit viel-fach als „Fehlstart“ bezeichnet werden, wie es zu einer Reihe von Kriegen, Bürger-kriegen und dem Erstarren von Terroristen kam; aber auch, welche Weichen nunmehr für die Zukunft des Kontinents gestellt werden.

Der Fehlstart

Für René Dumont, den Autor des Bestsellers „L’Afrique noire est mal partie » ist die Antwort klar: dass die Welt dominierende Wirtschaftssystem ermöglicht den reichen Ländern des Nordens, Güter zu verschwenden, während die Menschen im Süden oft nicht einmal genug zum Leben haben. Die Kräfte des Marktes führen dazu, dass diese Kluft noch erweitert wird (1). Die Konsumgesellschaft im Norden und die damit verbundene Industrie fördern den Klimawandel, der im Süden wiederum zu Trockenheit und Hunger führt. Der unkontrollierte Weltmarkt bewirkt, dass die Kluft zwischen Nord und Süd immer größer wird und die Ungleichheit immer unerträglicher.

Konkret kritisiert René Dumont, dass viele afrikanische Staaten nach ihrer Unabhängigkeit in den 1960er Jahren eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben haben: die Landwirtschaft wurde vernachlässigt; Agrarpreise wurden künstlich niedrig gehalten, um der städtischen Bevölkerung entgegenzukommen. Dabei sprach sich Dumont auch deshalb gegen eine umfassende Industrialisierung aus, weil er die Meinung vertrat, die Welt hätte nicht genügend Ressourcen, um Wohlfahrt für alle zu gewährleisten.

Dass der Weg, der in der Wirtschaftspolitik afrikanischer Länder eingeschlagen wurde, falsch war, wurde von verschiedensten Seiten kritisiert. So hieß es etwa in einem Artikel in der Harald Tribune vom Juli 1984 unter der Überschrift „Governments are Prime Culprits in African Hunger“, dass ihre Politik, die die Industrialisierung zulasten der Landwirtschaft gefördert hat, oft schuld am Hunger in den einzelnen Ländern ist (2).

Dabei war nicht nur das Nord- Süd Gefälle ein großes Problem, sondern auch die gesellschaftliche Spaltung in den einzelnen Ländern. So heißt es schon im „Afrika-2000“ Konzept des Außenministeriums, das 1993 erstellt wurde: *„Immer deutlicher tritt auch eine dualistische Teilung der afrikanischen Gesellschaft nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch kulturell zu Tage“* (3). Die Eliten haben, so das Argument, eine europäische Erziehung und erreichen einen europäischen Lebensstil. Damit wird die Entfremdung von der eigenen Bevölkerung immer größer, was die Verbreitung des Islam fördert, der sich volksnahe gibt.

In der Folge soll näher ausgeführt werden, wie sich Diktaturen, Kriege und die Situation in einzelnen Ländern auf die Entwicklung ausgewirkt haben. Dabei gab es eine Reihe von geistigen Strömungen, die die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten mit viel Optimismus begleiteten; wie den „afrikanischen Sozialismus“, den „Pan- Afrikanismus“ sowie die „Negritude“.

Da sich der Sozialismus von seinem Selbstverständnis her als eine globale Friedensbewegung versteht, die für Gerechtigkeit und Freiheit, gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpft, diente er den Unabhängigkeitsbewegungen der „Dritten Welt“ als ideale Ideologie. Schon Lenin sah im Imperialismus „das höchste Stadium des Kapitalismus“. Die Sowjetunion unterstützte seit ihrer Gründung, insbesondere

dann im Kalten Krieg Befreiungsbewegungen. Aber auch Studenten aus den englischen und französischen Kolonien, die später führende Vorkämpfer für die Unabhängigkeit ihres Landes wurden, erhielten in diesem Sinne ihre geistige Ausrichtung in Oxford oder Paris.

Präsident Julius Nyerere, der mit seinem Programm „Ujamaa“ die afrikanische Tradition der Dorfgemeinschaft mit sozialistischen Ideen des Kollektiv-eigentums in Einklang bringen wollte, fand begeisterte Anhänger in der europäischen Jugend, genauso wie Kwame Nkruma in Ghana. Von Südafrika bis Senegal und von Mali bis Sambia wurde der afrikanische Sozialismus unterschiedlich interpretiert. Dabei wurden durchaus soziale Erfolge erzielt. Wenn aber dann, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Weltbank zu Hilfe gerufen wurde, wurden die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik in Richtung Privatisierung radikal geändert.

Der „Pan-Afrikanismus“ verstand sich nicht nur als Bewegung, deren Ziel es war, den Kontinent zu einigen, es ging vielmehr auch darum, afrikanisches Selbstbewusstsein nach dem Trauma des Sklavenhandels, des Kolonialismus und des Rassismus zum Ausdruck zu bringen.

Es ging darum, Solidarität und ein neues Selbstverständnis zu schaffen, wobei Vordenker wie Marcus Garvey oder W.E.B. Du Bois von außerhalb Afrikas kamen.

Leopold Senghor ging es in seiner Konzeption der „Negritude“ darum, den humanistischen Charakter der afrikanischen Tradition hervorzuheben. Obwohl gerade Senghor auch der französischen Kultur sehr verbunden war, vertrat er die Meinung, dass das Wesen Afrikas und seiner Menschen am besten in seiner Kultur und Literatur, in seiner Musik und Schaffenskraft zum Ausdruck kommt(4).

Ein Kontinent der Diktatoren

In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit haben in den meisten afrikanischen Ländern Militärdiktaturen oder Ein-Parteien-Regime geherrscht. In dem 1975 erschienenen Buch „Contemporary Leaders of Africa“ (5) wurden 45 verschiedene Porträts gezeichnet, denen der Autor durchaus auch Anerkennung zollt. Manche rechtfertigten ihren Absolutismus damit, dass sie sich auf traditionelle afrikanische Herrschaftsformen beriefen.

Jomo (Brennender Speer) Kenyatta, der Kenia von 1963-1978 zunächst als Ministerpräsident, dann als Staatspräsident regierte, wird als „Fels in der Brandung“ dargestellt, der in beachtlicher Weise das Wesen des afrikanischen Nationalismus verkörperte. Die ersten Regierungsjahre von Mobutu Sese Seko, der von 1965-1997 im Kongo-Zaire diktatorisch herrschte, werden als Erfolgsgeschichte beschrieben. Dies deshalb, weil es ihm gelang, die chaotischen Verhältnisse seines Landes zu ordnen und sogar ausländische Investoren zu gewinnen. Das war nur möglich, weil Mobutu „Machiavelli und Bismarck in einem verkörperte“, wie es im Buch heißt. Die Geschichte Muammar Gaddafis erscheint unter der Überschrift „Africa’s Muslim par

excellence“ und hebt hervor, dass der damals 32- jährige Vorsitzende des “Revolutionsrates“ auf staatliche Ämter verzichtete, um sich der Ausarbeitung seiner Ideologie und „der Erziehung der Massen“ zu widmen. Bei Sékou Touré der von 1958 bis zu seinem Tod 1984 ziemlich blutig über Guinea herrschte, wird gewürdigt, dass er sich de Gaulle widersetzt und selbst Mohammed Siyard Barre, der von 1969-1991 der Diktator Somalias war, findet Anerkennung, weil er es vom Präsidenten zum Staatschef gebracht hat.

Hier geht es nicht darum, das Leben jener darzustellen, die nach der Unabhängigkeit ihres Landes die Geschichte Afrikas geprägt haben, sondern darum, zwei Fragen zu beantworten: warum haben sich, nach einem oft harten Kampf um Freiheit gegen Kolonialherren Autokraten durchgesetzt? Und: wie weit haben diese die Entwicklung ihrer Länder geprägt, gefördert oder behindert?

Was die erste Frage betrifft, so kann man wohl sagen, dass auch innerhalb der Befreiungsbewegungen harte Kämpfe um Macht und ideologische Ausrichtung stattgefunden haben. Only the strong could survive. So waren etwa die meisten der Mitstreiter Robert Mugabes, die auf den ersten 20 Seiten des Buches „The Struggle for Zimbabwe“ (6) erwähnt wurden, am Ende der Geschichte nicht mehr am Leben. Sie kamen um durch Briefbomben, bei Autounfällen oder fielen einfach aus einem Fenster. Huari Boumedienne wiederum setzte sich zunächst gegen die „alte Garde“ von Ben Khedda durch und stürzte dann in einem Putsch seinen bisherigen Kampfgefährten Ben Bella.

Darüber hinaus kamen im Freiheitskampf vor allem jene durch, die hart genug waren, Repressionen und damit verbundene Gefängnisstrafen zu ertragen. So waren Kwame Nkruma und Jomo Keniatta von den Engländern inhaftiert; Ben Bella von den Franzosen. Von Michel Micombera, dem Präsidenten von Burundi, hieß es „He has to be tough and ruthless to survive“. Warum? Weil die einzelnen Stämme in seinem Land immer wieder darauf aus waren, sich gegenseitig zu vernichten. Das führt zur nächsten Erklärung, warum Politik nach der Unabhängigkeit ohne Härte nicht möglich ist: „Nation building“ hat sich, verglichen zu Europa, (wo die Nationenwertung auch mit vielen Kriegen verbunden war) in entgegengesetzter Weise vollzogen. In Europa haben sich Nationen, wie die Deutschen, Italiener oder die Franzosen, einen „Nationalstaat“ geschaffen. Die Nation existierte also vor dem Start. In Afrika haben die Kolonialmächte mit den einzelnen Kolonien willkürliche Grenzen gezogen, in deren Rahmen verschiedenste Nationen bzw. Stämme erst einen „Nationalstaat“ schaffen müssen. So ein Prozess ist selbst für Flamen und Wallonen, für Katalanen und Spanier nicht so einfach.

So ist es wohl zu erklären, dass es in einem Bericht der österreichischen Botschaft Lusaka aus dem Jahre 1987 heißt: *„Wenn es um die Erhaltung der Macht geht, gibt es auffallende Ähnlichkeiten in den Ländern südlich der Sahara. Gleichberechtigte Teilnahme an der Ausübung der politischen Macht ist selten“*. Und: *„Nach afrikanischer Tradition wird die Stärke der Autorität respektiert, auch wenn die Herrschaft grausam ist“*. (7)

Bleibt die Frage, wie Autokraten die Entwicklung ihres Landes, vor allem die gesellschaftliche und wirtschaftliche, beeinflussen? Wohl in unterschiedlicher Weise, wenn man den wirtschaftlichen Aufschwung einzelner Länder in Ost-asien betrachtet. Eine Antwort geben Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem Buch „Why Nations fail-the Origines of Power, Prosperity and Poverty“ (8). Ihre Grundthese: Entwicklung wird dort verhindert, wo Eliten und deren Institutionen „extractive“ sind, also ein Land ausbeuten.

Sie führen als Beispiel die Länder des südlichen Afrika an, wo Ausbeutung zunächst durch die Kolonialherren erfolgte, später in derselben Weise durch die neuen Machthaber, die noch dazu besonders korrupt waren. Was Korruption bedeutet, schildert Tidiane Diakité in seinem Buch „L´Afrique malade d´elle meme“ (9). Jene, die dem Staat und seinen Bürgern dienen sollen, verkehren dies ins Gegenteil. Auf allen Ebenen bedient man sich der gegebenen Möglichkeiten: schon bei der Einreise in ein Land konfisziert der Zoll; die Polizei verdient bei willkürlichen Straßensperren; und amtliche Genehmigungen kann man nur gegen „Sonderzahlungen“ erhalten.

Laut einem Bericht der Weltbank steigen die Kosten für den Bau von Straßen in jenen Ländern schon um 50 %, wenn nur an einige Lieferanten Bestechungs-gelder bezahlt werden müssen.

Diese Gegebenheiten hängen eng damit zusammen, dass gerade in den letzten Jahren das Vertrauen in die Demokratie wieder stark verloren gegangen ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass man geglaubt hat, eine „demokratische Wahl“ würde genügen, um einen Staat mit demokratischen Institutionen zu schaffen. Tatsächlich war vielfach das Gegenteil der Fall. Denn wie soll ein gewähltes Staatsoberhaupt die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen, wenn die Institutionen, die dafür vorgesehen sind, Wohlstand, Bildung und Sicherheit zu schaffen, nicht funktionieren. Die dann entstandene Ent-täuschung der Wähler muss zu Unzufriedenheit und zum Wunsch nach Alternativen führen.

Zwischen 1960 und 1969, also in dem Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten, gab es 26x einen Staatsstreich; 18 gab es zwischen 1970 und 1979; 22 zwischen 1980 und 1989 und 16 zwischen 1990 und 1999. Zwischen 2012 und 2022 haben die Militärs 14x gewaltsam die Macht übernommen. In letzter Zeit hat der, weitgehend erfolglose Kampf gegen islamische Dschihadisten dazu geführt, dass es nunmehr in fast allen Staaten der Sahelzone Militärregierungen gibt. Im Sudan kämpfen Milizen und das Militär gegeneinander; in Äthiopien löst ein Bürgerkrieg den anderen ab; und neun afrikanische Präsidenten sind bereits über 20 Jahre an der Macht.

Heute kann man sagen, viele Afrikaner haben den Glauben an die Demokratie verloren, wofür es zahlreiche Gründe gibt. Auch jene Regime, die sich demokratisch nennen, haben weder Wohlstand noch Sicherheit gebracht. Für die jungen Menschen zwischen dem 18. und dem 35. Lebensjahr gibt es nicht genug Arbeitsplätze. Jährlich werden 3 Millionen neue Jobs geschaffen. Aber um die große Zahl junger Menschen

zu beschäftigen, müssten es 18 Millionen sein. Kein Wunder, dass die Hälfte der jungen Leute zwischen 18 und 24 Jahren auswandern will (10). Umfragen in Südafrika, Gabun, Burkina Faso, Niger und Mali haben gezeigt, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung bei der Bekämpfung der Kriminalität und bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen von einer autokratischen Regierung bessere Erfolge erwartet als von korrupten Demokratien.

Dass Militärregierungen in vielen Ländern Afrikas mehr Zustimmung finden als solche, die sich „demokratisch“ nennen, hat auch geopolitische Auswirkungen. So sagte Paul Kagame, der Präsident von Ruanda, der Westen soll uns nicht vorschreiben, wie wir uns regieren sollen. Dieser Meinung sind auch 53 % aller Afrikaner, die glauben, es sollte ihnen erlaubt sein, ihre eigene Regierungsform zu wählen.

Kriege, Bürgerkriege und Dschihadisten

Kriege stehen mit „Entwicklung“ in einer doppelten Beziehung: Menschen in Regionen, die sich durch die Entwicklung benachteiligt fühlen, können zu den Waffen greifen. Andererseits verwüsten Kriege ganze Regionen, zerstören staatliche Strukturen und hemmen die Entwicklung beträchtlich. Während der letzten Jahrzehnte haben die Kriege in Afrika Millionen von Menschen in die Flucht getrieben; für die Entwicklung notwendige Mittel wurden in die Rüstung gesteckt; und junge Menschen, die vom Krieg geprägt wurden, hatten es oft sehr schwer, wieder im zivilen Leben Fuß zu fassen.

Seit der Niederschlagung eines Aufstandes in Madagaskar 1947, die 89 000 Opfer gekostet hat, haben zunächst Befreiungskriege, dann Stellvertreterkriege im Kalten Krieg, Bürgerkriege und im letzten Jahrzehnt der Terrorismus große Teile des Kontinents nicht zur Ruhe kommen lassen. Befreiungskriege gab es von Algerien im Norden bis zu den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambique im Süden. Da die Grenzen in Afrika von den Kolonialherren schon am Berliner Kongress 1885 künstlich, also ohne Rücksicht auf bestehende kulturelle und gesellschaftliche Strukturen, gezogen wurden, war das die Grundlage zahlreicher Konflikte.

Es kam zu zwischenstaatlichen Konflikten, wie 1974 zwischen Ober-Volta und Mali; zu Sezessionsbewegungen wie in Katanga (1960- 63) oder in Biafra (1967- 70). Aus innerstaatlichen Gegensätzen wurden im Kalten Krieg Stellvertreterkriege und manche Konflikte, wie jener über die West- Sahara oder der zwischen Äthiopien und Eritrea wurde zu Langzeitkriegen. An Tragik kaum zu übertreffen waren die Massaker in Ruanda 1994 sowie die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone. Bei den Kriegen im Kongo standen sich immer wieder benachbarte Länder in Allianzen gegenüber; und auch Somalia ist in den letzten Jahrzehnten nicht zur Ruhe gekommen.

Worum geht es bei all diesen Kriegen? Primär wohl um Macht, aber auch darum, dass sich ein siegreicher Kriegsherr, selbst in armen Ländern, gewaltig bereichern kann. Der kongolesische Präsident Mobutu Sese Seko hat Milliarden Dollar in Schweizer Banken deponiert. Als Hisséne Habré 1990 als Präsident des Tschad gestürzt wurde, hat er 7 Milliarden Francs ins Exil mit-genommen und Ange-Félix Patassé, Präsident der Zentralafrikanischen Republik von 1993-2003, wurde angeklagt, mehr als € 100 Milliarden veruntreut zu haben.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Religion eine nachhaltige Triebkraft für bewaffnete Auseinandersetzungen. Nachdem NATO- Streitkräfte 2011 Muammar al-Gaddafi liquidiert und Libyen total destabilisiert hatten, bekamen islamische Dschihadisten aus libyschen Beständen genug Waffen, um in der Sahel- Zone, in Kamerun, im Tschad, im Norden von Mali, in Nigeria und in Niger Stützpunkte zu errichten. Boko-Haram führte spektakuläre Entführungen in Nigeria und benachbarten Ländern durch.

Islamische Terroristen sind nun in einem Dutzend von Staaten südlich der Sahara aktiv, wobei sich einige mehr zu Al Quaida, andere eher zum Islamischen Staat bekennen. Ähnlich wie in Afghanistan nützen die „Gotteskrieger“ den Unmut bei jenen aus, die sich, oft weit entfernt von der jeweiligen Hauptstadt, von der Regierung benachteiligt oder überhaupt misshandelt fühlen.

Wenn dann, ähnlich wie in Afghanistan, Frankreich zusammen mit europäischen Verbündeten, unterstützt von den USA, gegen diese Terror-gruppen militärisch vorgeht, drängt sich die Frage auf, was in Afrika besser gemacht wird als in Afghanistan, um ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Ein besonders umkämpftes Gebiet ist die Sahelzone. Das ist eine Region von ca. 3 Millionen km² zwischen den arabischen Staaten im Norden und jenen südlich der Sahara, die sich von Mauretanien bis zum Sudan erstreckt. Somit ergibt sich die strategische Bedeutung schon aus der Geographie. Handelswege durchziehen das Gebiet in alle Richtungen. Wer den Sahel kontrolliert, der verfügt über die Bodenschätze Westafrikas und kann auch die verschiedenen Migrationsbewegungen kontrollieren.

Die Unsicherheit in der Region wird dadurch verstärkt, dass die staatlichen Grenzen willkürlich gezogen wurden. Außerdem sind die Regierungen nicht in der Lage, die riesigen Gebiete zu kontrollieren. Menschen wie die Tuareg haben weitgehend ihre traditionellen Lebensformen beibehalten. Die daraus entstehenden Konflikte können von religiösen Fanatikern und Terroristen, von Drogenhändlern und Waffenschmugglern entsprechend ausgenutzt werden. Frankreich und den USA bietet sich dadurch die Möglichkeit, ihre militärische Präsenz auszubauen. Als die „Gruppe Wagner“, ein privates russisches Militärunternehmen, in der Zentralafrikanischen Republik auftauchte, wurde der Vorwurf erhoben, dieser Einsatz destabilisiere die Region. Destabilisieren wird sich jedenfalls der Klimawandel, der dazu führt, dass weite Teile des Sahel immer trockener werden. Bei der gegebenen Bevölkerungs-

explosion kann dies zu weiteren Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung führen.

Nun hat gerade in den Ländern der Sahelzone in den letzten Jahren ein entscheidender geopolitischer Wandel stattgefunden: die traditionelle Vorherrschaft Frankreichs wurde stark zurückgedrängt; der Einfluss Russlands hat stark zugenommen.

Unter dem Titel „FranceAfrique“ hat Frankreich seinen Einfluss in den früheren Kolonien auch nach deren Unabhängigkeit weiter beibehalten. Das Konzept dafür wurde bereits von General de Gaulle entworfen: die französisch-sprachigen Länder Afrikas wurden als Vorfeld bzw. Hinterhof des Mutterlandes betrachtet. Von Paris aus wurde auf diese Länder ein starker politischer und wirtschaftlicher Einfluss ausgeübt. Die Währung war an den französischen Franc gebunden und in mehreren dieser Länder waren französische Truppen stationiert.

Immer wieder haben französische Präsidenten betont, neue Wege in ihrer Afrika-Politik beschreiten zu wollen und „FranceAfrique“ durch eine Politik der Gleichberechtigung zu ersetzen. Es blieb aber vielfach bei Absichtserklärungen. Die Unzufriedenheit mit Frankreich hat dann dadurch großen Auftrieb bekommen, weil Militäreinsätze wie „Serval“ und „Barkhane“, die gemeinsam mit den jeweiligen Regierungen durchgeführt wurden, im Kampf gegen die Dschihadisten nicht die gewünschten Erfolge brachten.

Eine in Mali 2021 durchgeführte Umfrage zeigte, dass ein Fünftel der Bevölkerung glaubte, die französischen Streitkräfte würden sogar mit Dschihadisten und Separatisten zusammenarbeiten (11). Und in Burkina Faso erklärte der neue Machthaber, der 35 Jahre alte Kapitän Ibrahim Traoré, er wolle die Souveränität seines Landes wiederherstellen.

Besonders demütigend war der Rückzug der Franzosen aus Niger. Dort hatte das Militär im Juli 2023 den „demokratisch gewählten“ Präsidenten Mohamed Bazoum gestürzt und unter Hausarrest gestellt. Der französische Präsident Macron verlangte seine sofortige Freilassung und Wiedereinsetzung in sein Amt. Der französische Botschafter in Niamey erhielt die Weisung, mit den Putschisten nicht zu reden. Als die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) erklärte, mit ihren Armeen in Niger einzumarschieren, um den gestürzten Präsidenten zu unterstützen, wurde das in Paris mit großem Wohlwollen aufgenommen.

Doch es kam anders: die Militärjunta konnte sich an der Macht halten. Frankreich musste nicht nur seinen Botschafter abziehen, auch die französischen Truppen müssen bis Ende 2023 das Land verlassen. Dabei zeigten sich die USA nicht besonders kooperativ. Die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland hat umgehend das Gespräch mit den neuen Machthabern gesucht, die amerikanischen Truppen können im Land bleiben.

Große Profiteure der gesamten Entwicklung sind jedenfalls die Russen, sowohl machtpolitisch, als auch was die öffentliche Meinung betrifft. So erklärten 62% der Bevölkerung von Niger bei einer Umfrage im August 2023, sie hätten Vertrauen gegenüber Russland verglichen zu 13%, die diese Haltung gegenüber den USA einnehmen. Nur 8% brachten Frankreich Vertrauen entgegen.

Der Erfolg Russlands ist wohl einerseits auf seine diplomatischen Bemühungen zurückzuführen, aber auch auf den Einsatz der Wagner-Söldner. Außenminister Sergej Lawrow besucht regelmäßig afrikanische Länder; am Afrika-Gipfel im Juli 2023 in Sankt Petersburg haben 49 Delegationen teil-genommen. Die Wagner-Söldner waren bereits in einem Dutzend afrikanischer Länder aktiv und haben sich in vier stark etabliert: In der Zentral-afrikanischen Republik sind die Wagner-Söldner stark mit dem Regime von Präsident Faustin-Archange Touadéra verbunden, für den sie auch die Leibwache stellen.

Bezahlt wird die Truppe offensichtlich in der Weise, dass sie sich in verschiedenen Wirtschaftssparten betätigt, vom Diamantenhandel bis zum Verkauf von Alkohol. Von Bangui aus wird die „Rapid Support Force“ im Sudan unterstützt, die dort gegen die Armee kämpft. In Libyen wiederum haben die Wagner-Söldner jahrelang an der Seite von General Khalifa Haftar gekämpft, der die östliche Hälfte des Landes kontrolliert.

Man wird sehen, welche Rolle die Wagner Truppe nach dem Tod des langjährigen Chefs Jewgeni Prigoschin spielen wird. Dabei kann man davon ausgehen, dass Moskau versuchen wird, die erworbenen Macht-Basen zu erhalten. Eine Unterstützung durch Wagner scheint insofern auch im Interesse der jeweiligen Machthaber zu liegen, als die Söldner-Truppe bereit ist, diese gegen Umstürze zu schützen; eine Praxis, die Frankreich schon seit Jahren aufgegeben hat.

Wird Afrika abgehängt?

Wie können sich unter diesen Bedingungen Demokratie und Wirtschaft in Afrika entwickeln? Kann Afrika in einer globalisierten Welt mithalten? 2007 hat der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy an der Universität von Dakar eine Rede gehalten, in der er ausführte: „Afrikas Drama ist es, dass der Afrikaner nicht genug in die Geschichte eingetreten ist.... Es gibt weder Platz für das Abenteuer der Menschheit, noch für die Idee des Fortschritts“. Diese Ausführungen haben natürlich einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Rede wurde als „Klischee“ abgetan und scharf kritisiert.

Aber hat sich die Situation seither geändert? Tatsächlich hat es auch immer wieder demokratische Machtwechsel gegeben; wie etwa in Gambia, wo der langjährige Diktator Yahya Jammeh 2016 abgewählt wurde. Das wurde als Beweis dafür dargestellt, dass „die Demokratie in Afrika lebt“, obwohl sieben der zehn am längsten amtierenden Autokraten in der Welt immer noch in Afrika südlich der Sahara regieren.

Als es 2011 gelang, Alleinherrscher im Rahmen des „Arabischen Frühling“ zum Rücktritt zu zwingen, wurde das als großer Erfolg von Freiheit und Demokratie gefeiert. Doch die Freude war kurz, die Ernüchterung lang. In Ägypten kamen zunächst die Moslembrüder, dann wiederum ein General an die Macht. Libyen wurde in ein jahrzehntelanges Chaos gestürzt; und in Tunesien hat der derzeitige Präsident gerade das Parlament für ein Jahr suspendiert. Im Sudan erlebten demokratische Strömungen einen Erfolg, als Umar al-Baschir nach einer 30-jährigen Herrschaft zurücktreten musste. Aber nach einer kurzen Zwischen-periode musste auch der neue Ministerpräsident wiederum dem Druck der Militärs weichen.

D.h. nicht, dass man nicht immer wieder Fortschritte in Richtung Demokratie feststellen kann. Laut dem amerikanischen Think Tank „Freedom House“ waren am Ende des Kalten Krieges nur elf der 48 Länder südlich der Sahara „frei“ oder „teilweise frei“. Zwischendurch waren es schon 34, doch dann gab es wieder Rückschläge.

Offensichtlich hat es nicht genügt, dass die Kolonialmächte ihre eigene Tradition äußerer Formen von Demokratie zurückgelassen haben. So zieht der „Speaker“ bei der Parlamentseröffnung in Harare mit Perücke und Mace, dem Symbol von Westminster, ein. Das hat aber Robert Mugabe nicht davon abgehalten, eine eiserne Diktatur zu errichten. In mehreren Ländern wurden durch die Änderung der Verfassung Amtsperioden verlängert, die politische Opposition mit Gewalt unterdrückt. Die Mentalität ist eben „Winner takes all“. Und seit der „Kampf gegen den Terror“ an Bedeutung gewonnen hat, ist auch für den Westen die militärische Unterstützung eines Autokraten wichtiger geworden als „Democracy building“.

Bleibt die Frage, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung die politische Kultur eines Landes beeinflusst. Nach einer Studie von Sir Paul Collier entsteht bei einem pro Kopf Einkommen von \$ 2900 im Jahr ein neuer Mittelstand, der nach mehr Demokratie strebt und sich stabilisierend auf die Institutionen auswirkt. Aber nur zwölf der Länder im südlichen Afrika haben dieses Niveau erreicht.

Das Bruttonationalprodukt aller Länder südlich der Sahara beträgt gemeinsam \$1700 Milliarden, also gerade 2% der Weltproduktion. Ihr Anteil am Welthandel beträgt nur 1,7%; dabei leben 15% der Weltbevölkerung in diesem Raum, Tendenz stark steigend. Von den 24 Ländern mit dem geringsten Lebensstandard in der Welt liegen 22 in Afrika. So unterschiedlich die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Regionen des riesigen Kontinents auch ist, die Entwicklung, die sich viele anlässlich der Unabhängigkeit vor zwei Generationen vorgestellt haben, hat sich nicht verwirklichen lassen. Damals erlebten die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Länder Europas gerade ein „Wirtschaftswunder“, zu dem der von den USA initiierte Marshall-Plan wesentlich beigetragen hat. Analog dazu sollte den gerade unabhängig gewordenen Ländern Afrikas „Entwicklungshilfe“ helfen, innerhalb weniger „Entwicklungsdekaden“ den Standard der Industrieländer zu erreichen (12).

Dabei wurde die „Entwicklungshilfe“, die vielfach eher eine „Überlebenshilfe“ war, von vornherein an der Höhe der erbrachten Spenden gemessen, und nicht daran, was

tatsächlich erreicht werden konnte. Viel zu wenig beachtet wurde auch, dass in Westeuropa die politischen Institutionen funktionierten, die Menschen bereit waren, für den Wiederaufbau mehr zu produzieren als zu konsumieren; und amerikanisches Geld damit nur ein Faktor des Erfolges war.

Tatsächlich betrug die 2016 von den Ländern der OECD geleistete Entwicklungshilfe im Jahre 2016 immerhin \$143 Milliarden. Gleichzeitig wurden von Afrikanern im Ausland Überweisungen von € 450 Milliarden in ihre Heimatländer getätigt. Tatsächlich konnte die weltweite Armut von 26% der Weltbevölkerung im Jahre 1970 auf 18% heute reduziert werden. Aber das war wohl vor allem dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas zu danken. Denn in den Ländern südlich der Sahara ist die Armut in den letzten 15 Jahren lediglich von 57% auf 41% der Bevölkerung zurückgegangen.

Die große Drei: Nigeria- Kongo- Südafrika

Um die bisherigen Ausführungen etwas zu konkretisieren, sollen noch einige Wesenszüge der Entwicklung in Nigeria, im Kongo und in Südafrika dargestellt werden. Nigeria, mit seinen 206 Millionen Einwohnern hat mit einem Bruttonationalprodukt von \$432 Milliarden die größte Wirtschaft Afrikas. (BIP von Österreich von \$429 Milliarden war im Jahre 2020 fast gleich hoch, bei 9 Millionen Einwohner).

In dem 1960 unabhängig gewordenen Nigeria wurden noch vom britischen Kolonialherren 250 verschiedene ethnische Gruppen zusammengefasst. Dabei war der Norden des Landes islamisch und arabisch orientiert, der Süden christlich und schwarzafrikanisch. So ist es kein Wunder, dass es 1967 zu einem Bürgerkrieg kam, wobei die im Südosten gelegene Provinz Biafra ihre Unabhängigkeit anstrebte. Die riesigen Ölreserven haben nicht die erhoffte Prosperität gebracht. Vielmehr wurden Kampf um Anteile und Verschwendung gefördert. Die politischen Institutionen erwiesen sich als zu schwach, um den Machtanspruch der Militärs zu widerstehen. Immer wieder stellen sich Generäle an die Staatsspitze. Wahlen wurden verschoben oder abgesagt. Schon in den 1980er Jahren kam es zu ethnisch- religiösen Zusammenstößen, die Tausende von Toten forderten.

Gleichzeitig gab es aber mit mehreren Tageszeitungen und Magazinen in den größeren Städten eine ungewöhnliche Pressefreiheit. Selbst die Opposition, die sich ins Exil abgesetzt hatte, kam zu Wort. Die Hinrichtung des Schriftstellers Ken Saro-Wiwa, noch dazu während des Commonwealth- Gipfeltreffen 1995, hat zu weltweiten Protesten und zur internationalen Isolierung Nigerias geführt.

Als es der Terrorsekte Boko Haram 2014 gelang, eine ganze Mädchenschule zu kidnappen, wurde das nicht nur ein Symbol für die Brutalität des Terrors, sondern auch für die Hilflosigkeit des Staates. Boko Hara konnte seinen Aktionsradius weit über das ursprüngliche Gebiet hinaus bis in die Hauptstadt Abuja ausdehnen. Und die Situation wurde, trotz des Versprechens des dann neu gewählten Präsidenten, nicht besser. Der

Terror im Land hat bisher 35 000 Menschen das Leben gekostet; über 300 000 sind an den Folgen des Krieges und am Hunger gestorben. Ein Bericht über das Land im „Economist“ vom Oktober 2021 hatte die Überschrift *„When Things fall apart-How kidnappers, zealots and rebels are making Nigeria ungovernable“*.

War der Weg in die Unabhängigkeit für viele afrikanische Länder schwierig, so war er für den Kongo, zwischendurch Zaire genannt, vom Anfang an eine Katastrophe. Im ganzen Land, das so groß wie Westeuropa ist, gab es 1960 gerade zwei Dutzend akademisch ausgebildete Kongolesen. Es kam zu Mord und Totschlag. Sein erster Ministerpräsident, Patrice Lumumba, wurde mithilfe des CIA 1961 liquidiert. Die an Mineralien reiche Provinz Katanga kämpfte für die Unabhängigkeit, wobei der dominierende Konzern Union Minière von weißen Söldnern unterstützt wurde.

Mobutu Sese Seko, der vom Westen unterstützter Diktator rechtfertigte seine Alleinherrschaft mit der afrikanischen Tradition: in einem jedem Stamm gibt es auch nur einen Häuptling und nicht zwei. Als er 1993 gestürzt wurde, war das Land politisch und wirtschaftlich ruiniert.

Immer wieder kam es zu Bürgerkriegen, wobei jener von 1998-2001 auch als der „Erste Weltkrieg Afrikas“ bezeichnet wird, weil eine Reihe von Nachbar-ländern daran beteiligt waren. So blieb eines der reichsten Länder Afrikas eines der ärmsten. Menschen hatten Mühe, das tägliche Leben zu bewältigen und junge Menschen oft keine andere Wahl, als sich einer Rebellengruppe anzuschließen.

Im Kampf gegen Mobutu ging Laurent-Désiré Kabila als Sieger hervor, dessen Sohn Joseph dann in ähnlicher Weise regierte wie der Diktator Mobutu, zu dessen Sturz man eingetreten war. Manche führen die herrschende Brutalität und Rücksichtslosigkeit auf die Grausamkeiten zurück, mit denen schon der belgische König Leopold seine Kolonie ausbeutete. Damals wurden Truppen eingesetzt, denen Dorfbewohner Elfenbein und Kautschuk abliefern mussten. Taten sie es nicht, wurden ihre Häuser niedergebrannt, sie selber verstümmelt oder umgebracht.

Der 2019 bei umstrittenen Wahlen an die Macht gekommene Félix Tshisekedi konnte bisher keines seiner Wahlversprechen verwirklichen: Lehrer warten weiter auf ihr Gehalt; dafür werden Gelder an „Schulen“ überwiesen, die es gar nicht gibt. In den Ostprovinzen des Landes wird immer wieder gekämpft. Truppen aus Uganda werden zu Hilfe gerufen, um die „Allied Democratic Forces“, die Verbindung zum Islamischen Staat haben, zu bekämpfen. Dabei besteht die Gefahr, dass die ausländischen Truppen bleiben und sich selbst bei Raubzügen bereichern.

Die Korruption geht weiter. Damit man sieht, um welche Summen es dabei geht: dem früheren Vorsitzenden der Nationalen Bergbaugesellschaft, Albert Yuma Mulimbi, wird vorgeworfen, \$8 Milliarden an Kupfer- und Kobalt- Einnahmen veruntreut zu haben (13).

Deutet es auf eine bessere Zukunft, wenn man liest, dass gerade in einem 5* Sterne Hotel in Kinshasa an internationale Bieter Anteile an Kobalt- Minen und anderen Metallen, die man in der „Grünen Revolution“ dringend braucht, versteigert werden? (14). Man wird sehen.

1994 wurde Nelson Mandela, nach 27 Jahren im Gefängnis, der erste demokratisch gewählte Präsident Südafrikas. Es gelang in erstaunlicher Weise, das Apartheid-System zu überwinden, wofür er 1993, zusammen mit Willem de Klerk den Friedensnobelpreis erhielt. Wie sein Mitstreiter, Erzbischof Desmond M. Tutu, zeichnete er sich dadurch aus, dass er feste Grundsätze mit Pragmatismus vereinbaren konnte und bestrebt war, Versöhnung herbeizuführen, ohne zu vergessen, was geschehen war.

Tatsächlich gelangen unter Mandela und seinem Nachfolger Thabo Mbeki schöne Erfolge: 1,9 Millionen neue Wohnungen wurden gebaut; 4,5 Millionen Haushalte wurden an das Stromnetz angeschlossen, 11 Millionen erhielten eine Frischwasser-Versorgung. Damit gelang es, einen größeren schwarzen Mittelstand zu schaffen. Südafrika erhielt internationale Anerkennung: der Rugby- und der Cricket- Welt Cup wurden in Südafrika ausgetragen; 2010 auch die Fußball- Weltmeisterschaft. Kritisch aus dieser Zeit wird vermerkt, dass die Ungleichheit stark stieg, dass weiterhin viele Schwarze arbeitslos waren und unter der Armutsgrenze leben mussten. Vor allem aber nahmen die Kriminalität und Gangsterplage unerträgliche Formen an. Und obwohl 900 Menschen am Tag an Aids starben, stellte Mbeki die Erkenntnisse der Wissenschaft dazu infrage, medizinische Behandlungen wurden dadurch entscheidend verzögert.

Als 2009 Jakob Zuma an die Macht kam, versprach er „eine Regierung für alle Südafrikaner“. Auch Zuma, der von „Le Monde diplomatique“ als „charismatische und rätselhafte Persönlichkeit“ beschrieben wurde, ging aus dem Kampf gegen die Apartheid hervor und stützte seine Macht auf die Staatspartei „African National Congress“ (ANC) (15). Doch diese Partei wurde zunehmend ein Machterhaltungsapparat. Die Regierungszeit Zumas bezeichnen viele als „neun verlorene Jahre“. Er selbst wurde wegen Korruption verurteilt und eingesperrt. In 17 Jahren gab es in Südafrika 300 politische Morde, wobei meistens ANC- Mitglieder betroffen waren.

Jetzt ruhen alle Hoffnungen auf dem neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa, der in der Kampfzeit Gewerkschaftsführer war; später als Geschäftsmann ein Vermögen von \$ 450 Millionen erwirtschaften konnte. Seine Aufgabe sollte es sein, sowohl die Institutionen des Staates als auch den Machtapparat des ANC grundlegend zu reformieren. Zu den wesentlichen Fragen der Zukunft gehören, ob Land ohne Entschädigung enteignet wird; ob die Nationalbank privatisiert wird; ob es gelingt, im ganzen Land Mindestlöhne einzuführen. Auch das wird nicht leicht sein, wenn 40% der Jugendlichen in einem Haushalt aufwachsen, in dem niemand eine geregelte Arbeit hat.

Die Entwicklung in Nigeria, im Kongo und in Südafrika betrifft jedenfalls nicht nur diese Länder, sondern hat entscheidende Auswirkungen auf den gesamten Kontinent. Entscheidend wird sein, ob die Eliten bereit sind, von einer „extraciven“

Machtausübung auf eine „produktive“ überzugehen. Damit zusammen hängt die Frage, wie weit jene, die herrschen, bereit sind, Macht zu teilen. Wie wir aus den Königsdramen von Shakespeare wissen, war auch die Machtausübung in England, im Mutterland der Demokratie, nicht immer rechtmäßig und friedlich. Es wird daher noch einige Zeit dauern, bis traditionelle Herrschaftsverhältnisse und demokratische Entscheidungsfindung in Afrika in Einklang gebracht werden. Tatsächlich ist schon heute die politische Kultur in Botswana eine andere, weil es dort die Tradition der „Khothela“, der Dorfversammlungen gab, wo alle mitreden konnten.

Welche Zukunft für den Kontinent?

Zunächst aber wird auf die wohl größte Herausforderung des Kontinents in den nächsten Jahrzehnten hingewiesen, auf die Bevölkerungsexplosion.

Afrika zählte zu Beginn der 1950er Jahre rund 240 Millionen Menschen, das waren gerade 7% der Weltbevölkerung. Heute beträgt die Bevölkerungszahl 1300 Millionen Menschen; und diese Zahl wird sich in nur einer Generation verdoppeln. Am Ende unseres Jahrhunderts werden, nach Berechnungen der UNO, 4500 Millionen Menschen in Afrika leben, mehr als 40% der ganzen Weltbevölkerung. Diese Entwicklung betrifft die Arabisch-sprechenden Staaten im Norden des Kontinents genauso wie die Länder südlich der Sahara. So zählte Ägypten 1961 28 Millionen Einwohner, 2020 bereits 102 Millionen. Im selben Zeitraum stieg die Bevölkerung von Algerien von 11,4 Millionen Menschen auf 44 Millionen. Besonders dramatisch war die demographische Entwicklung in Nigeria, wo 1961 erst 45 Millionen Menschen lebten, während es heute 211 Millionen sind. Im selben Zeitraum erlebte Kenia einen Anstieg der Bevölkerung von 8 Millionen auf 54 Millionen; bis 2050 soll sich diese auf

Diese Bevölkerungsexplosion hat natürlich gewaltige Auswirkungen in zahlreichen Bereichen: so wird es kaum möglich sein, die von den Vereinten Nationen festgelegten „Sustainable Development Goals“ zu erreichen 2030 werden immer noch 35% der Bevölkerung unter extremer Armut leiden. Und bis 2035 sollen jährlich 20 Millionen qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, während es heute nur 3 Millionen im Jahr sind (16).

Die Zukunft Afrikas wird nun ganz entscheidend davon abhängen, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere das Wirtschaftswachstum, mit der Explosion der Bevölkerung Schritt halten kann. Das wiederum hängt mit der Frage zusammen, wie weit es gelingen wird, funktionierende staatliche Strukturen zu schaffen, ob die Schulen jene Bildung und Ausbildung vermitteln können, die die Länder brauchen. Einige Statistiken zeigen auf, dass die Bildungssysteme massiv ausgebaut wurden; oder dass es gelungen ist, die Malaria in den Griff zu bekommen. Aber kaum wird ein Land wie Äthiopien als Beispiel für andere hingestellt, bricht ein Bürgerkrieg aus und vieles wird wieder zunichte gemacht.

Manche Lösungen schaffen neue Probleme. Wenn man etwa die unzähligen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zusammenlegt, um größere Flächen industriell nutzen zu können, verlieren viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Wenn dann nicht gleichzeitig neue in der Industrie geschaffen werden, steigt die Zahl der Arbeitslosen. Darüber, wie weit Entwicklungshilfe zielführend ist, gibt es unterschiedliche Meinungen. Ökonomen wie Milton Friedman oder Dambisa Moyo sind entschiedene Kritiker. Ein Staat sollte sich darauf konzentrieren, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Überweisungen von Kapital führe lediglich zu Verschwendung und Korruption. Andere, wie Jeffrey Sachs oder Joseph Stiglitz sprechen sich dagegen sogar für eine Erhöhung der öffentlich gespendeten Mittel aus (17).

Jedenfalls werden sich die Europäer darauf einstellen müssen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltige Migrationswellen aus Afrika kommen werden. Nachdem das seinerzeit in Dublin ausgehandelte System zusammengebrochen ist und die Länder des Südens nicht mehr bereit sind, die ihnen zugedachten Lasten zu tragen, wäre es an der Zeit, in Brüssel eine kohärente Strategie zu entwickeln. Der Hinweis darauf, die Probleme müssen an der Wurzel, also in den betroffenen Ländern selbst gelöst werden, hat die letzten 60 Jahre nicht funktioniert. Was eventuell funktionieren könnte, wäre eine Reaktivierung des Treuhandschafts- Rates der Vereinten Nationen mit der Möglichkeit, bei einer einem Land gewährten Hilfe deren Verwendung direkt mitgestalten zu können. Aber das steht natürlich im Widerspruch zur nationalen Souveränität und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates.

Dabei kann man davon ausgehen, dass im Rahmen des neuen Kalten Krieges die Souveränität auch der afrikanischen Länder beeinträchtigt wird. Die USA haben den „Krieg gegen den Terrorismus“ bereits dazu benutzt, um ihre militärische Präsenz und ihre „intelligence-gathering-facilities“ auszubauen. Frankreich hat seine frühere Position als Kolonialmacht in die Politik „FranceAfrique“ umgewandelt, also den früheren Einfluss in neuen Verträgen festgehalten. China ist schon heute der größte Investor auf dem Kontinent und unterhält 10 000 Wirtschaftsprojekte; Russland hat militärische und wirtschaftliche Schwerpunkte punktuell ausgebaut.

Machtpolitische Beeinträchtigungen der nationalen Souveränität werden also hingenommen, während man im Bereich der Entwicklungspolitik das nicht erlaubt. Europa sollte jedenfalls bemüht sein, seine Strategie auf „Human Security“ und nicht auf Machtpolitik auszurichten. Dieses Modell ist seit der Gründung des Europarates auf unserem Kontinent erfolgreich, warum sollte es nicht auch in Afrika umgesetzt werden können?

Eine wesentliche Frage ist, welche Rolle die Länder Afrikas bei der Gestaltung der Neuen Weltordnung einnehmen werden. Diese zielt ja auch darauf ab, den Ländern des „Globalen Südens“ mehr Mitsprache einzuräumen. Denn wenn schon heute die meisten Tagesordnungspunkte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Afrika betreffen, so hat kein Land dieses Kontinents einen ständigen Sitz in diesem Gremium.

Die USA wollen an der alleinigen Vorherrschaft in der Welt, die sie nach dem Kalten Krieg errungen haben, festhalten. Eine „Heilige Allianz der Demokratien“ soll den Lauf der Geschichte aufhalten, auch wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse heute wesentlich von jenen unterscheiden, die der bisherigen Ordnung zu Grunde liegen. Zahlreiche Autoren, wie etwa Allison Graham, sind der Meinung, dass der Krieg Amerikas mit der aufstrebenden Macht China unvermeidlich ist. Dieser Krieg findet schon heute in den Bereichen der Wirtschaft und in den Handelsbeziehungen statt. Zölle und Sanktionen sollen die Entwicklung Chinas in wesentlichen Bereichen wie Hochtechnologie und künstliche Intelligenz eindämmen. Darüber hinaus ist es Ziel dieser Maßnahmen, den Zusammenbruch Chinas in der Art zu erreichen, wie es bei der Sowjetunion gelungen ist.

Auf beiden Seiten haben sich die Lager formiert: die Europäische Union hat sich gegenüber Amerika in eine Vasallenrolle begeben. Japan, Südkorea und Australien stehen fest an der Seite Washingtons. Auf der anderen Seite wurde Russland, durch den Krieg, den der Westen in der Ukraine gegen das Land führt, fest an die Seite Pekings gebunden. Länder wie Indien, die Türkei oder Saudi-Arabien halten sich Optionen nach beiden Seiten offen. Da könnte es durchaus eine Rolle spielen, welche Haltung die Staaten Afrikas in Zukunft einnehmen werden. Viele afrikanische Länder haben die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen nicht mitgetragen.

China betrachtet sich als Führungsmacht des „Globalen Süden“ und kann darauf verweisen, dass es schon bei der Konferenz von Bandung 1955 seine Stimme für die Unabhängigkeit der damaligen afrikanischen Kolonien erhoben hat.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die großartigen Leistungen, die heute schon von Afrikanern in Bereichen wie Kunst, Kultur oder Sport erbracht werden, in anderen Gebieten umzusetzen. So war 2021 zweifellos das „Jahr der afrikanischen Literatur“. Autoren und Autorinnen aus Afrika gewannen den Nobelpreis (Abdulrazak Gurnah), den Booker-Prize (Damon Galgut), den Prix Goncourt (Mohamed Mbougar Sarr), sowie den Prémio Camoes (Paulina Chiziane), um nur einige zu nennen.

Schon 1984 wurde in der beeindruckenden Ausstellung „Primitivism in 20th Century Art“ im MoMa in New York aufgezeigt, wie stark die afrikanische Kunst die französische Avant-garde (Matisse, Picasso, Braque) sowie die deutsche Moderne (Kirchner, Nolde, Pechstein) beeinflusst hat. Fußballer aus Afrika sind aus dem Weltfußball genau so wenig wegzudenken wie Rugby, die Leichtathleten des Kontinents, seine Basketballer oder die Afrika-Rallyes.

Die Frage ist nun, ob all diese Eigenschaften, die Leopold Senghor als typisch für die „Negritude“ hervorgehoben hat, auch in jenen Bereichen zum Tragen kommen, die die Moderne prägen: in Technik und Wirtschaft, in Forschung und Produktion. Wie immer sich die Zukunft Afrikas entwickelt, eines steht wohl fest: Information und Kommunikation tragen dazu bei, dass unsere Kontinente immer enger verbunden werden. Wir bilden eine Schicksalsgemeinschaft.

Anmerkungen

1. René Dumont; „L’Afrique noire est mal partie » ; Paris 1962
2. International Harald Tribune ; July 23 1984
3. Konzept «Afrika 2000 ; GZ 502.01.00/47-II.4/93
4. Senghor «Liberté-Négritude et Humanisme » ; Paris 1964
5. A.P.J. van Rensburg; “Contemporary Leaders of Africa”; Cape Town 1975
6. David Martin & Phyllis Johnson “The Stuggle for Zimbabwe”, New York 1981
7. “In Harare und Lusaka, 1986-1993“; BMAA Zl. 502 01 46/2.Sept. 1993
8. Daron Acemoglu & James A. Robinson, « Why Nations fail-the Origines of ower,Prosperity & Poverty”; New York 2012
9. Tidiane Diakité, “L’Afrique malade d’elle-même » ; Karthala 1986
- 10.The Economist ; October 7th 2023
- 11.The Economist, August 20th 2016
- 12.Wendelin Ettmayer ; « Alte Staaten-neue Welt; Stabilität und Wandel in den inter-nationalen Beziehungen“; Linz 2080
- 13.The Economist, Dec 11th 2021
- 14.New York Times Dec. 11/12 2021
- 15.Le Monde diplomatique Juin 2009
- 16.„Reaping Africa’s demographic Divide“; ISS 2021
- 17.Nicolas Normand ; Le grand Liivre de L’Afrique,Paris 2019

